

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 M.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 30. Januar 1897.

Inserate die dreizehnbaltige Petitzeile oder deren Raum 30 M

Rebaktion und Expedition:

Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Deutscher Metallarbeiter-Verband: Entwurf des Vorstandes zu einem Reglement zur Arbeitslosenunterstützung. — Die sozialen Kämpfe der Metallarbeiter. — Zum Ausbau des D. M. V. — Der Streik der Hafnarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Erklärung des Ausschusses. — Vermischtes.

Achtung!

Der Zuzug von Arbeitern aller Branchen nach Hamburg ist wegen des Hafnarbeiterstreiks strengstens fernzuhalten. Freunde und Kollegen! Unterstützt die Streikenden nach Kräften, damit sie den Sieg erringen!

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Steberei-arbeitern nach Berlin (Partung) St., München (Landes) St. u. Schwelm (Firma Behn) St.; nach Dinglingen in Baden u. Stuttgart (C. Häusler) St.; von Gelbgießern, Drehern und Härtlern nach Hamburg (Fied. Söhne); von Klempnern nach Glesburg (Blechwarenfabrik Chr. J. Müller); von Arbeitern der Fahrradbranche nach Frankfurt a. M. (Kleber); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach Frankfurt-Sachsenheim (Gebrüder Pirsch); von Klempnern, Emailarbeitern, Schlossern, Maschinenbauern und Metallarbeitern aller Berufe nach Lübeck St.; von Schlossern und Drehern nach Halle an der Saale (Maschinenfabrik Krebs); von Formern, Schlossern und Drehern nach Pforzheim (Wenkler); von Keilschmiedern nach Kassel (Gentzel u. Sohn).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, alle übrigen nur gesperrt.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

An unsere Mitglieder!

Unserem in Nr. 3 d. Ztg. gegebenen Versprechen nachkommend, bringen wir nachstehend unseren Entwurf zu einem Reglement für die Arbeitslosenunterstützung mit den dadurch notwendigen Änderungen des § 5 des Statuts zur Kenntnis.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Entwurf

zur Fassung des § 5 des Statuts bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Art und Umfang der Unterstützung.

§ 5.

A. Reisegeld.

1. Mitgliedern, welche dem Verbands ununterbrochen 52 Wochen angehören und für diese Zeit ihre Beiträge voll entrichtet haben, kann an den vom Vorstand bestimmten Zahlstellen ein Reisegeld gewährt werden. Die Höhe desselben bestimmt der Vorstand je nach dem Stand der Kasse, doch darf dasselbe pro Kilometer nicht über 2 M, pro Tag nicht über 1 M betragen und hat das betreffende Mitglied nur dann darauf Anspruch, wenn es mindestens 25 Kilometer zurückgelegt hat. An einem Orte darf jedoch nicht über 3 M ausbezahlt werden, wenn zwischen dem letzten Orte eine Zahlstelle liegt.

2. Werden Mitglieder durch Aussperrung, Maßregelung u. zur Abreise genötigt, so kann mit Genehmigung des Vorstandes ein Reisegeld auch ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft sofort gewährt werden.

3. Wird einem Mitglied, welches sich auf der Reise befindet, zu angemessenen Bedingungen Arbeit nachge-

wiesen, so ist dasselbe verpflichtet, dieselbe anzunehmen, widrigenfalls ihm das Reisegeld entzogen wird.

4. Mitgliedern, welche auf einer Tour 15 M an Reisegeld erhalten haben, kann weiteres nur nach Verlauf von 13 Wochen gewährt werden, sofern sie während dieser Zeit ihren Verpflichtungen voll auf nachgekommen sind.

5. Wenn zwei oder mehrere Reisejouren nicht durch mindestens je sechs wöchentliche Arbeitsdauer unterbrochen werden, so sind dieselben als eine Tour zu betrachten.

6. Das Reisegeld darf in 52 aufeinanderfolgenden Wochen, vom ersten Erhebungstage an gerechnet, den Betrag von 30 M nicht übersteigen, und darf dann das betreffende Mitglied innerhalb 26 aufeinanderfolgenden Wochen vom letzten Erhebungstage an gerechnet, kein Reisegeld mehr erhalten.

7. Mitgliedern ausländischer Metallarbeiter-Organisationen kann, insofern solche Vereine den Mitgliedern des Verbandes gleiche Vorteile gewähren, Reisegeld verabsolgt werden, wenn sie ihrer Organisation mindestens 2 Wochen ununterbrochen angehört, sich ordnungsmäßig abgemeldet und ihre Beiträge entrichtet haben.

8. Erhält ein auf der Reise befindliches Mitglied außerhalb des Sitzes einer Verwaltungsstelle Arbeit, so hat dasselbe innerhalb vierzehn Tagen unter Einsendung des Mitgliedsbuches Anzeige an die Hauptkasse oder die nächstliegende Verwaltungsstelle zu machen und eventuelle Beiträge dorthin zu entrichten.

B. Ortsunterstützung.

1. An arbeitslos gewordene Mitglieder kann, sofern sie dem Verband ununterbrochen 52 Wochen angehören, für diese Zeit ihre Beiträge voll entrichtet haben und an der Abreise verhindert sind, Ortsunterstützung gewährt werden. Dieselbe beträgt für männliche Mitglieder pro Tag 1 M, für weibliche Mitglieder 50 S und darf in 52 aufeinanderfolgenden Wochen 42 M für männliche und 21 M für weibliche Mitglieder nicht übersteigen.

2. Werden Mitglieder durch Aussperrung, Maßregelung u. arbeitslos, so kann mit Genehmigung des Vorstandes eine Ortsunterstützung auch ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft sofort gewährt werden.

3. Hat ein Mitglied während 52 aufeinanderfolgenden Wochen für 42 Tage die volle Ortsunterstützung erhalten, so kann es erst wieder nach 52 Wochen, vom letzten Erhebungstage an gerechnet, Reisegeld oder Ortsunterstützung erhalten, wenn es während dieser Zeit dem Verband ununterbrochen angehört und seine Beiträge für dieselbe voll entrichtet hat. Unterstützungs dauern unter 42 Tagen werden bis zu dieser Höhe zusammengerechnet, sofern die Arbeitslosigkeiten innerhalb der vorgenannten 52 Wochen fallen. In gleicher Weise werden die Arbeitswochen auf die 52 Wochen Karenzzeit in Anrechnung gebracht.

4. Bei Eintritt der Arbeitslosigkeit muß das auf Ortsunterstützung Anspruch erhebende Mitglied der Ortsverwaltung oder dem vom Vorstand bestellten Geschäftsführer davon unter Angabe der Ursachen der Arbeitslosigkeit, soweit sie ihm bekannt sind, sowie der ihn von der Abreise hindernden Gründe Mitteilung machen. Der Anspruch auf Ortsunterstützung beginnt nach Ablauf von 7 Tagen, für welche Ortsunterstützung nicht bezahlt wird. Halbe Tage gelangen nicht zur Auszahlung.

5. Für die in die Arbeitslosigkeit fallenden einzelnen Tage der Beschäftigung kommt die Ortsunterstützung in Wegfall. Das Gleiche gilt für kranke Arbeitslose während der Dauer des Bezugs von Krankengeld.

6. Die Ortsunterstützung darf nur an dem Orte, wo das Mitglied arbeitslos geworden ist, ausbezahlt werden. Arbeitslose Mitglieder, die nach vollendeter

Reise zu dem Orte, wo sie arbeitslos wurden, zurückkehren, erhalten keine Ortsunterstützung.

7. Liegt zwischen zwei Arbeitslosigkeiten ein Zeitraum von weniger als 6 Arbeitswochen, so kann Ortsunterstützung gleich vom Tage der Meldung der neuen Arbeitslosigkeit an gezahlt werden.

8. Zur Kontrolle der Arbeitslosigkeit hat sich der Arbeitslose täglich mindestens einmal in eine von der Ortsverwaltung bezw. dem vom Vorstand bestellten Geschäftsführer ausgelegte Kontrollliste einzuzichnen. Die Tagesstunde und den Ort hierzu bestimmt die Ortsverwaltung bezw. der vom Vorstand bestimmte Geschäftsführer und ist der Zeitpunkt so zu wählen, daß er in die örtliche Tagesarbeitszeit (nicht in die Pausen) fällt. In besonderen Fällen kann die Ortsverwaltung bezw. der vom Vorstand bestellte Geschäftsführer Dispens von der täglichen Meldung erteilen, jedoch darf der zwischen zwei Meldungen liegende Zeitraum 2 Tage nicht übersteigen.

9. Geht ein Ortsunterstützungsempfänger auf die Reise, so kann er nur dann Reisegeld erheben, wenn er nach den das Reisegeld betreffenden Bestimmungen des Statuts (§ 5 A Abs. 4 u. 6) noch nicht ausgereist ist. In diesem Falle ist die Ortsunterstützungssumme dem Reisegeld zuzugählen.

10. Mitglieder, die 15 M auf einer Tour oder 30 M im Jahre an Reisegeld erhalten haben, können im Falle einer neuen Arbeitslosigkeit nur dann Ortsunterstützung erhalten, wenn sie wieder zum Bezug von Reisegeld berechtigt geworden sind (§ 5 A Abs. 4 u. 6), dann jedoch einschließlich des in 52 aufeinanderfolgenden Wochen erhobenen Reisegeldes nicht mehr als 42 M (für männliche) oder 21 M (für weibliche Mitglieder).

11. Der Ortsunterstützung geht ein Mitglied vorlustig

- a) bei grober Selbstverschuldung der Arbeitslosigkeit;
- b) bei beharrlicher Verweigerung einer in das Fach einschlagenden unter auskömmlichen Bedingungen ihm angebotenen Arbeitsgelegenheit;
- c) bei erwiesener Nichtbefolgung der im Statut enthaltenen Vorschriften und der durch dasselbe auferlegten Pflichten, als auch der auf Grund desselben erlassenen Kontrollmaßregeln;
- d) wenn das Mitglied bei Meldung seiner Arbeitslosigkeit noch mit den Beiträgen im Rückstande ist und dieselben vor Bezug der Ortsunterstützung nicht berichtigt. Bei Beitragsresten über 8 Wochen kann die Unterstützungs berechtigung auch durch Nachzahlung der Beiträge nicht erlangt werden.

12. Die Auszahlung der Ortsunterstützung erfolgt durch die Ortsverwaltung bezw. den vom Vorstand bestellten Geschäftsführer an das betreffende Mitglied gegen schriftliche Empfangsbestätigung. Jede Ortsunterstützung ist, wie das Reisegeld, in das Mitgliedsbuch einzutragen; auch sind die laufenden Wochenbeiträge wie vom Reisegeld auch von ihr in Abzug zu bringen.

* * *

Zur Begründung diene kurz Folgendes:

Genau so wie das Reisegeld nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, so soll es auch die Arbeitslosenunterstützung sein. Sie soll nicht allgemeine, das Reisegeld ersetzende Unterstützung werden, sondern nur den am Orte Unfähigen für die ihnen entgehende Reiseunterstützung einen Ersatz bieten. In einem Industrie-Verbande kann auf das Reisegeld nicht verzichtet werden. Es soll die Jüngeren, noch Reisefähigen veranlassen, sich Arbeitsgelegenheit zu suchen.

Aus diesem Grunde wird die Abschaffung des Reisegeldes bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht verlangt, sondern ihre Beibehaltung gefordert. Es ist aber wohl ziemlich selbstverständlich, daß ein

Jeder, der gleich berechtigt zum Empfang des Reisegeldes wie der Arbeitslosenunterstützung ist, letztere der ersteren vorziehen und am Orte bleiben würde. Dies muß aber vermieden werden und empfiehlt sich deshalb die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nur in der beschränkten Form der Ortsunterstützung an Anstaltigen.

Wenn aber das Unterstützungswesen so durch mäßigen Ausbau gerechert gestaltet wird, muß auch verlangt werden, daß alle Mitglieder, welche die eine oder die andere dieser Unterstützungen beziehen wollen, auch ihrerseits voll und ganz ihre Schuldigkeit thun, weshalb im obigen Entwurf sowohl der Bezug von Reisegeld als auch der Ortsunterstützung davon abhängig ist, daß der Empfänger seine Beiträge vollständig bezahlt hat.

Als weitere Notwendigkeit erscheint es, daß die Ortsunterstützung erst nach Ablauf der ersten Woche, für die nichts gezahlt werden soll, beginnt. Es erscheint dies deswegen notwendig, um auf diejenigen Mitglieder, die ohne Schwierigkeiten abreisen können, um sich anderwärts Arbeitsgelegenheit zu suchen, einen Druck auszuüben. Andererseits mußte aber den Reisenden der Bezug des Reisegeldes, damit sie auch abreisen können, sofort ermöglicht werden. Die Höhe der Unterstützung ist nahezu gleich. Ein Reisender kann erhalten auf einer Tour 15 M., auf einer zweiten Tour nach Ablauf von 13 Wochen wieder 15 M. und dann erst nach einem halben Jahre 15 M. Angenommen, der Reisende geht am 1. Juli 1898 auf die Reise und erhebt im Zeitraum von 6 Wochen 15 M. Er wäre dann ein Vierteljahr ausgeheuert, könnte also vom 15. August bis 15. November nichts erhalten, würde dann wieder arbeitslos und erhebt bis Ende Dezember 1898 nochmal 15 M. Er hätte dann, da er 30 M. im Jahre erhalten hat, ein halbes Jahr zu warten, das wäre bis zum 30. Juni 1899. Vom 1. Juli 1899 wäre er wieder bezugsberechtigt und könnte dann an jedem Tage so viel erheben, daß er, 52 Wochen zurückgerechnet, nicht mehr als 30 M. erhalten hätte. Er könnte also in der Zeit vom 1. Juli 1899 im Zeitraum von sechs Wochen pro Tag höchstens so viel erheben, wie er zur gleichen Zeit im Jahre vorher erhoben hatte. Also bis zum 15. August nochmal 15 M., so daß er vom 1. Juli 1898 bis 15. August 1899 ca. 45 M. erhalten könnte. Der Ortsanständige, der sich am 1. Juli 1898 meldet, erhält für die ersten 7 Tage nichts, vom 7. Tage aber 1 M. pro Tag 42 Tage lang. Geht er, er erhebt die Unterstützung in einer Arbeitslosigkeit, so wäre er am 18. August 1898 mit 42 M. ausgeheuert und könnte dann erst vom 18. August 1899 an wieder Arbeitslosenunterstützung erhalten. Die Unterstützungen stellen sich also in den gleichen Zeiträumen annähernd gleich.

Die übrigen Bestimmungen bedürfen keiner Erläuterung, sie sind notwendig, um sich vor sogenannten Kassenräubern zu schützen und werden den pflichtbewußten Verbandskollegen wenig geniren.

Eine tägliche Meldung zur Kontrolle erscheint bei dem jetzigen Stande unserer Organisation, wo wir noch Werkstätten haben, in denen nicht ein Verbandsmitglied ist und die als Unterschlupf benutzt werden könnten, unerlässlich, nichtsdestoweniger sollen auch Ausnahmen gestattet werden können.

Zum Schluß mögen als Konsequenz der Einführung der Ortsunterstützung unsere weiteren diesbezüglichen Anträge ohne weitere Begründung folgen:

§ 2b ist hinzuzufügen: „und Ortsunterstützung an Anstaltigen.“

§ 4 Abs. 1 ist zu setzen: der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder 25 J., für weibliche 10 J. (statt wie bisher 20 und 5 J.).

§ 6 ist zu setzen: 52 Wochen statt „mindestens 6 Monate.“

§ 9 Abs. 2 erhält folgende Fassung: Bei Krankheit, Arbeitslosigkeit von mindestens 4wöchentlicher Dauer oder in sonstigen Nothfällen, kann dem Mitgliede, sofern es während derselben keine Unterstützung aus Verbandsmitteln bezieht, von der Ortsverwaltung auf schriftliches oder mündliches Ansuchen, welches spätestens vor Ablauf der achten Monatswoche gestellt werden muß, der Beitrag erlassen werden. Die Karenzzeit wird durch die Beitragserlassung für die Dauer derselben unterbrochen.

Von den obigen Paragraphen soll § 4 Abs. 1 am 1. Juli 1897, § 2b, § 5 A und B, § 6, § 9 Abs. 2 am 1. Juli 1898 in der angenommenen Fassung in Kraft treten.

Stuttgart, 20. Januar 1897.

Der Vorstand.

Die sozialen Kämpfe der Metallarbeiter.

Das Jahr 1896 war für die deutschen Arbeiter im Allgemeinen und für die Metallarbeiter im Besonderen ein Kampfsjahr par excellence. Fast in den meisten Branchen der Metall- und Maschinenindustrie rührte und regte es sich und man konnte daher sagen, daß auf der ganzen Linie gekämpft wurde. Ueber die Kämpfe im ersten Halbjahr wurde bereits in Nr. 37 u. J. berichtet. Es zeigte sich, daß in diesem Zeitraum mehr Kämpfe stattgefunden hatten, als im ganzen Jahre 1895, nämlich 83 gegen 75. Im zweiten Halbjahr 1896 gab es 69 Kämpfe, zusammen also im ganzen Vorjahr 152, wovon 75 Streiks und 77 Lohnbewegungen, Aussperrungen und Sperrebewegungen. Specially im zweiten Halbjahr 1896 waren 32 Streiks und 37 Lohnbewegungen zu verzeichnen. Beteiligt waren daran und zwar zum Theil wiederholt, wie Berlin, Chemnitz, Halle a. S., München, folgende

Orte: Köln-Indenthal, Karlsruhe, Delmenhorst, Mannheim, Berlin, Chemnitz, Flensburg, Halle, Gdrlitz, Merane, Wald, Leipzig, Neustadt a. d. O., Neumarkt, Velten, Wegesack, Uebigau bei Dresden, Lübeck, Frankfurt a. M., Lambrecht, Baden (Schweiz), Würzen, Brandenburg, Stuttgart, Spremberg, Zürich und Sursee (Schweiz), Lemgo, Königberg i. Pr., Dresden, Hamburg, Schmiedefeld, Mühlhausen, Wien, Düsseldorf, Zwickau, Rosenheim, Hameln, Gießen, Leipzig, Potsdam, Forst (N.L.), Rall, Pforzheim, Elmhorn und Prag.

Nach den Branchen vertheilen sich die Kämpfe folgendermaßen: „Metallarbeiter“ 15 Streiks, wovon 6 in Verbindung mit Maßregelung und Aussperrung und 18 Lohnbewegungen, wovon 4 Sperren und Maßregelungen; Former 4 Streiks, wovon 1 in Verbindung mit Maßregelung und 7 Lohnbewegungen, wovon 1 Sperre; Klempner 5 Streiks, wovon 1 in Verbindung mit Aussperrung und 3 Lohnbewegungen; Feilenhauer 1 Streik und 5 Lohnbewegungen; Schmiede 1 Streik und 3 Lohnbewegungen; Gelbgießer und Gürtler 3 Streiks; Metallschläger 2 Streiks; Metallbrüder 1 Streik; Zinggießer 1 Lohnbewegung.

Was die Ursachen der Lohnkämpfe betrifft, so stehen die Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit je nach der Länge der Arbeitsdauer auf 10, 9 1/2 und 9 Stunden, sowie Erhöhung der Arbeitslöhne natürlich in erster Linie; während diese beiden Forderungen regelmäßig nebeneinander figuriren und auch, wir möchten sagen, logisch zusammengehören, ist in einigen Fällen die Forderung nach Lohnerhöhung allein gestellt worden. Mit der Forderung der Arbeitszeitverkürzung steht ferner häufig und zwar ebenfalls mit vollem Recht, in Verbindung das Begehren nach Verlängerung der Mittagspause auf 1 1/2 Stunden. Wenn die Unternehmer nur einigermaßen ihren Arbeitern gegenüber menschlich fühlten und dächten, so müßten sie speziell diese Forderung als geradezu selbstverständlich und natürlich gerechtfertigt, ohne Weiteres bewilligen. Die Arbeiter haben ja freilich kein Mittagsmahl aus verschiedenen Gerichten bestehend oder, wie die Herren, Geflügel zu essen, wozu bekanntlich etwas mehr Zeit erforderlich ist, als zum Essen von Schweinsknöcheln und Sauertraut; ihr Mittagessen ist in der Regel einfach und bedarf weder der Eskunst noch vieler Zeit. Dagegen aber hat der Arbeiter den Weg von der Fabrik in seine Wohnung zurückzulegen und umgekehrt und je nachdem die Entfernung zwischen beiden eine größere ist, bleibt ihm zur Einnahme der Mahlzeit wenig Ruhe. Er ist mit größter Hast und beim letzten Bissen erhebt er sich schon wieder, um schleunigst in den Frohndienst des Kapitals zurückzukehren, in dessen Dienst übrigens sogar das Mittagessen eingenommen wird. Ein jüngst unternommener wissenschaftlicher Versuch an drei Pferden über die Verdauung hat ergeben, daß das nach der Fütterung vom Reiter in Galopp gesetzte Pferd sehr schlecht verdaut hatte; das zweite, nur in Trabe gesetzte etwas besser, während das dritte, welches ruhig an seinem Plage geblieben war, gut verdaut hatte. Also gehört auch für den Menschen nach dem Essen etwas Ruhe, die ohne Zweifel auch zur Gesunderhaltung des Magens erforderlich ist.

In einigen Fällen, wo Arbeitszeitverkürzung gefordert wurde, ist keine absolute Lohnerhöhung gefordert, sondern nur die unverminderte Beibehaltung der bisherigen Lohnhöhe verlangt worden.

Nicht weniger wie 7 Streiks und 4 Lohnbewegungen wurden von den Unternehmern provoziert durch Lohnreduktionen bis zu 30, 33 und 35 Proz. 1 Streik war veranlaßt worden durch Verlängerung der Arbeitszeit! Man sollte es kaum für möglich halten, daß Dergleichen vorkommen kann in einer Periode der höchsten wirtschaftlichen Prosperität; daß es aber dennoch vorkommt, zeigt uns die Unverfrorenheit, Rücksichtslosigkeit und freche Verhöhnung der Arbeiter durch die Unternehmer in ihrer ganzen Glorie.

Als weitere Ursachen der Lohnkämpfe sind anzuführen die Einführung schlechter Fabrikordnungen, die Einführung der Akkordarbeit an Stelle der Tagelohnarbeit, die Forderung nach Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung des Zeittelohnes, die schlechte Behandlung der Arbeiter durch Meister, Werkführer und Direktoren, die Maßregelungen und Aussperrungen wegen der Zugehörigkeit zur Organisation, die Viefierung von Arbeit an Unternehmungen, in denen gestreikt wird ufw. In manchen Fällen, wo nur kurz telegraphirt oder geschrieben wird „wegen Differenzen Bezug fern halten“ und später nähere Berichte nicht folgen, ist natürlich auch nicht festzustellen, welcher Art diese Differenzen waren. Leider ist dies eine ziemlich erhebliche Anzahl von Fällen.

Was den Ausgang der Lohnkämpfe anbelangt, so war darüber nur in der Winterzeit derselben Näheres festzustellen. So hatten von den Metallarbeiterstreiks 5 Erfolg, 2 endeten mit Niederlagen der Arbeiter; von

9 Streiks ist der Ausgang nicht feststellbar gewesen. Von den erfolgreichen Streiks ist besonders zu erwähnen derjenige der 1500 Metall- und Werftarbeiter in Flensburg, welcher 14 1/2 Wochen dauerte; während dieser langen Zeit hielten sich die Streikenden musterhaft und sie hatten dann schließlich die Genugthuung, nicht bloß den moralischen Sieg zu erringen, sondern auch einen theilweisen Erfolg bezüglich Lohnerhöhung, Wiedereinstellung der Streikenden zc. Bei einem nächsten Anlauf wird das am Anfang der Bewegung aufgestellte und nun nur theilweise durchgeführte Programm wohl die Zustimmung der Direktion finden. Von den 18 Lohnbewegungen zc. konnten wir nur feststellen, daß die Arbeiter in 2 Fällen Erfolg und in 1 Mißerfolg hatten. Von den ersten zwei ist die Bewegung der Werftarbeiter in Uebigau bei Dresden besonders erwähnenswerth, weil da der Zehnstundentag sowie die Befestigung mancher Uebelstände erreicht wurde durch die energische Agitation des Genossen Reichard in Dresden und der kräftigen Unterstützung der „Sächs. Arb.-Ztg.“

Von den 4 Streiks der Former hatte 1 Erfolg, 1 ging verloren, von 2 ist der Ausgang nicht bekannt; von den 6 Lohnbewegungen verliefen 2 für die Arbeiter günstig, von 4 sowie über den Erfolg der einen Sperre ist nichts Näheres bekannt. Die Klempner führten 3 Streiks erfolgreich, über 2 derselben war nichts festzustellen. Von den ersten 3 Streiks war in einem Falle (Düsseldorf) der Erfolg nur von kurzer Dauer, da der Unternehmer die Zugeständnisse schon nach kurzer Zeit wieder illusorisch machte und mit der Maßregelung der am Streik theilhaftig Gewesenen vorging. Von den 3 Lohnbewegungen hatten 2 Erfolg, 1 unbekannt. Die Feilenhauer verloren 1 Streik (Mühlhausen i. S.) und erzielten in 3 von den 5 Lohnbewegungen Erfolg, 2 der letztern unbekannt. Die Gelbgießer und Gürtler verloren von den 3 Streiks 1 (Hamburg), 2 unbekannt. Von den 2 Streiks der Metallschläger ging 1 (Dresden) als Ganzes verloren, während in einzelnen Werkstätten immerhin noch einige Verbesserungen erreicht wurden; von dem andern Streik (Prag) ist nichts bekannt. Der 1 Streik der Schmiede (Königsberg) hatte Erfolg, von den 3 Lohnbewegungen ist nichts bekannt. Der 1 Metallbrüderstreik (Dresden) ging verloren, über die 1 Lohnbewegung der Zinggießer in München ist nichts bekannt.

Die mangelhafte Berichterstattung der Kollegen über Verlauf und Ausgang der Lohnkämpfe ist recht bedauerlich. Von manchen Orten, wie Berlin, Flensburg, Hamburg u. A. wurden fleißig Situationsberichte eingesandt, so daß die gesammte organisierte Kollegenenschaft stets über den jeweiligen Stand der Dinge unterrichtet war und auch vom Ausgang der Kämpfe Kenntniß erhielt. Sollte nun nicht Allen möglich sein, was den Kämpfenden in den genannten Städten möglich war? Wir glauben dies und wir wünschen lebhaft, daß von nun an kurz über Entstehung, Verlauf und Ausgang der Lohnkämpfe fleißig und prompt an unsere Zeitung von den Kollegen berichtet werde. Es liegt dies ja auch im Interesse der Kämpfenden selbst, die doch wünschen müssen, daß die Metallarbeiter im ganzen Reich und im Ausland über ihre Bewegung genau unterrichtet und am Laufenen gehalten werden. Sodann hat aber auch die Gesamtheit der organisierten Kollegen, welche den Kämpfenden an den einzelnen Orten die Munition in Gestalt der Streikunterstützung, der Unterstützung der Gemäßigten und Aussperrten liefert, das Recht, eine prompte Berichterstattung zu fordern. Schließlich ermöglicht eine solche auch die Aufstellung einer richtigen Streikstatistik, die sich auch auf die Dauer der Streiks und die Zahl ihrer Theilnehmer zu erstrecken hat.

Selbstverständlich sollte auch über die Lohnbewegungen, die Sperren, die Maßregelungen und Aussperrungen sowie über die Warnungen („Zuzug fernhalten“) genau berichtet werden, daß auch hierüber statistische Zusammenstellungen gemacht werden könnten.

Zu den Ursachen der Streiks zurückkehrend, ist festzustellen, daß im Jahre 1896 die Zahl der Maßregelungen und Aussperrungen der Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation sich erhöht hat, was ein Symptom für die Verschärfung der sozialen Gegensätze und des permanenten Klassenkampfes ist. Dazu gehört noch die Maßregelung der Vertrauensleute der Arbeiter, welche bei Lohnreduktionen, sonstigen Verschlechterungen, bei Beschimpfungen und Mißhandlungen durch die Unteroffiziere, namentlich durch neue, den Unternehmern oder Direktoren Vorstellungen machen. Statt die vorgebrachten Beschwerden auf ihre Berechtigung zu untersuchen und den Arbeitern anständig entgegenzukommen, werden sie häufig brutal angeschauzt und entlassen. Damit ist dann natürlich das Signal zur Arbeitsniederlegung, zum offenen Kampfe gegeben. Dies hindert jedoch die Büffel der Unternehmerpresse nicht, in

jedem einzelnen Falle und das ganze Jahr hindurch von trivialen, unberechtigten Streiks, von sozialdemokratischen Streikhebern zu reden und zu behaupten, die Sozialdemokratie brauchte zu ihrer Erhaltung, zur ständigen Erregung der Arbeiter die Streiks.

Im Gegenteil muß man gerade wieder auf Grund der zahlreichen Situationsberichte, welche im Jahrgang 1896 unserer Zeitung aus allen Theilen Deutschlands enthalten sind und erschreckende Bilder von den Zuständen in Fabriken und Werkstätten, von den Arbeitsverhältnissen, von der Behandlung und Lebenshaltung der Metallarbeiter geben, sagen, daß sie viel zu wenig dagegen kämpfen, daß Hunderttausende derselben resignirt und gleichgültig dahinleben und ihre elende Lebenslage ertragen, ohne sich dagegen wie ein Mann, „der nur Gott fürchtet und sonst Niemand“, zu erheben und zu erklären: Jetzt ist's genug, länger ertragen wir dieses Sklavenleben mit seiner Ueberanstrengung, seiner Niederdrückung, seiner Noth und seinen Entbehrungen nicht, wir wollen es anders haben und es muß anders werden!

Und es würde anders werden. Noch stehen wir mitten in der Blüthe des Wirtschaftslebens, noch fällt das Gold, die Früchte der Arbeit, massenhaft den Unternehmern und Kapitalisten aller Art mißlos in den Schooß, noch gibt es vermehrte Arbeitsgelegenheit und Nachfrage nach Arbeitern. Was unter so günstigen Umständen zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter fehlt, das ist die Organisation, die Disziplin und Solidarität, die Einigkeit. Wohl hat im Jahre 1896 unsere Organisation, der Deutsche Metallarbeiter-Verband weitere Fortschritte gemacht, wie die andern Gewerkschaftsverbände auch, allein noch haben wir Hunderttausende deutscher Metallarbeiter, die nicht organisiert sind und von denen ein Theil immer bereit ist, sich den Unternehmern als Streikbrecher zur Unterdrückung ihrer kämpfenden Brüder zur Verfügung zu stellen. Zahlreiche Bohnenkämpfe des Vorjahres sind abermals durch diese verächtlichen Werkzeuge des Kapitals vereitelt und die Kämpfenden um den Erfolg geprellt worden. Wo dies nicht der Fall war, wo sich das unheilvolle Walten der Streikbrecher nicht zeigte, da konnten die Arbeiter siegen, da konnten sie sogar die Akkordarbeit abschaffen und einen brutalen Meister aus der Fabrik hinausbringen. Die Streikbrecherarmee vermindert sich aber in demselben Maße, als sich unsere Organisation ausdehnt und erweitert und darum bedeutet Organisation auch Abschaffung der Diebstahle aller Ausbeuter, der Streikbrecher.

Die meisten Kämpfe der Metallarbeiter führten im Vorjahre wiederum wie in früheren Jahren die Fabrikarbeiter, während die Gewerbegehilfen nur in einer Minderheit der Fälle im Kampfe standen. Die gleiche Erscheinung zeigt sich seit Jahren auch in anderen Branchen, wo das Handwerk von der Fabrikindustrie immer mehr zurückgedrängt wird. Dabei sind aber nach den Berichten die Arbeitsverhältnisse in den Handwerksbetrieben nicht bloß ebenso schlecht wie in den Fabriken, sondern vielfach noch schlechtere. Eine Verbesserung besserer Zustände haben also die einen wie die andern, die Gewerbegehilfen wie die Fabrikarbeiter, also die ganze Arbeiterschaft notwendig. Darum sollen sich auch Alle organisiren, Alle zusammenstehen und fest zusammenhalten wie ein Mann, um einmüthig und erfolgreich den Kampf gegen das Kapital zu führen.

Zum Ausbau des Metallarbeiterverbandes.

Daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung heute auch in unserem Verbands als eine aktuelle behandelt wird, kann den Kenner der sozialpolitischen Bestrebungen in den letzten Jahren nicht wundern. Gerade das Problem der Arbeitslosenunterstützung macht unseren bürgerlichen Sozialpolitikern heute am meisten zu schaffen. Die Professoren Adler-Wajel und Hertner-Karlsruhe — insbesondere aber der erstere — haben einen guten Theil ihrer so werthvollen Zeit darüber nachgedacht, wie dem drohenden Zusammensturz der bürgerlichen Volkswirtschaft durch Abwendung der Verarmung der Arbeitslosen vorzubeugen sei. Auch Herr Schanz-Würzburg machte sich daran, durch eingeführten Sparzwang die Arbeiter anzuhalten, sich gegen die Schäden der modernen Produktionsweise zu versichern und widmete dieser Angelegenheit eine ziemlich umfangreiche schriftstellerische Arbeit.

Wenn nun heute die Gewerkschaften ebenfalls der Arbeitslosenversicherung mehr näher treten wie früher, so könnte es den Anschein haben, als hätte Herr Max Lorenz recht, wenn er sagt, die Gewerkschaften entfernten sich immer mehr von dem politischen Standpunkt der Sozialdemokratie — den sie, nebenbei gesagt, noch nie eingenommen haben — und wendeten sich der praktischen Lösung der sozialen Frage zu, wollten also mit dem unfruchtbaren dogmatischen „Marxismus“ nichts

mehr zu thun haben. Diesen Standpunkt scheint auch der Gegner des Kollegen Breders-Nürnberg (Nr. 51 der „Met.-Arb.-Ztg.“ 1896) einzunehmen, wenn er sich so streng gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband wehrt.

Uns dünkt, der Vorstand unseres Verbandes steht auf der richtigen Stelle, wenn er in Nr. 3 des Verbandesorgans ausführlich, prinzipielle Bedenken gegen die Gewährung einer Unterstützung an Arbeitslose lägen nicht vor. Es handelt sich unseres Erachtens darum, sich zu vergewissern: Welchen Zweck verfolgt man bei Ergreifung einer bestimmten Maßregel? Wenn man allerdings die Arbeitslosenunterstützung einführen will, um gleich den Hirsch-Dunckerianern oder wie neuerdings die evangelischen Arbeitervereine dem Unternehmertum Ruhe zu schaffen vor den andrängenden beschäftigungslosen Arbeitern, dann protestiren wir ganz energisch gegen den Vorschlag des Vorstandes. Aber wir sind überzeugt, daß die Motive, die den Vorstand bei seiner Antragstellung leiteten, sich decken mit denen, die auch uns bewegen, der Arbeitslosenunterstützung das Wort zu reden.

Zunächst wird die neugeplante Unterstützung ein vortreffliches Werbemittel für uns sein. Wurde doch auf allen gewerkschaftlichen Kongressen und Generalversammlungen darüber geklagt, daß die Gewerkschaften den ortsanfässigen Mitgliedern nichts bieten, wo doch gerade diese das Rückgrat jeder Organisation bilden müssen. Bei Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung wird der Zug zur Organisation nicht zum wenigsten bei uns im schwarzen Rheinland-Westfalen, ein starker sein.

Gerade aber durch die Gewinnung der ortsanfässigen, älteren Arbeiter würden wir größeren sozialpolitischen Einfluß gewinnen. Die jungen Kollegen, die oft nur vorübergehend anwesend sind, sind nicht geeignet, einem Verbands Festigkeit zu geben. Oft genug sind diese jungen Kollegen nur Mitglieder geworden, um für schon berechnete Zeiten Reisegehälter zu erhalten. Sie machen unseren Verband zum Unterstützungsverein für Reiselustige! So scharf das auch klingt, die Kollegen, welche Reisegehälter zu erhalten, werden uns gern die Wahrheit des Gesagten bestätigen.

Ist aber nun die Reisegehälterauszahlung nicht auch eine Arbeitslosenunterstützung? Wer das verneint, der bestätigt gerade unsere obigen Worte über den „Unterstützungsverein für Reiselustige“. Dann zahlen wir nicht unsere Gelder an Unterstützungsbedürftige, sondern an Leute, „die sich gern einmal verändern wollen“. Die Kollegen, welche heute die Abschaffung der Reiseunterstützung fordern, handeln damit nur ganz konsequent von ihrem Grundsatze aus: Wir wollen kein Unterstützungsverein sein, und wer ihnen logische Gegengründe vorführen will, kommt recht schlecht weg.

Also wir erklären uns mit dem Vorstandsantrag betreffs Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden, weil wir in ihr ein Mittel sehen, die Werbekraft unseres Verbandes und damit seine Bedeutung als Arbeiterorganisation zu erhöhen. Wir fürchten nicht, daß bei Einführung der gedachten Unterstützung das Klagengefühl der Mitglieder absumpft. Schon die geringe Unterstützung von täglich 1 M wird dem Empfänger die Schönheiten der heutigen Gesellschaftsordnung zu Gemüthe führen. Und daß wir nicht in sinnbethörende Harmonie uselei verfallen, dafür sorgt schon unser Unternehmertum.

Was nun die rechnerischen Unterlagen des Vorstandes antrages anlangt, so fehlte uns bis zur Veröffentlichung des vom Vorstand mitgetheilten Materials dieses gänzlich, sonst hätten wir schon gleich nach dem Artikel des Kollegen Breders uns an die Berechnung der Beiträge und Bezüge gemacht. Der Vorstand hat uns dieser Mühe überhoben und konnte dies um so besser, da er das rechnerische Gebahren des Verbandes jederzeit einsehen kann.

Die Berechnung des Vorstandes sieht 2500 arbeitslose Mitglieder pro Jahr vor. Das wäre — 40 000 Mitglieder gerechnet — 6,25 Prozent der Gesamtmitgliedschaft. Auf den Kopf des arbeitslosen Mitgliedes sollen 40 M Unterstützung pro Jahr entfallen und auf den Kopf des Verbandsmitgliedes käme ein Beitrag für die Arbeitslosen von M 2,50. Ziehen wir die Leistungen der anderen deutschen Gewerkschaften für Arbeitslose in Betracht, dann scheint uns der vom Vorstand angenommene prozentuale Beitrag jedes Mitgliedes für die Arbeitslosen zu niedrig geschätzt.

3. B. zahlten 1894 für die Arbeitslosen:

	pro Kopf d. Mitglied.	Unterstützungsbeträge pro Tag	Karenzzeit, Wochen
Bildhauer . . .	9,86	1,00	52
Glagehandschuhm.	9,69	1,00	52
Bijarrenfortirer .	6,95	1,00	26

Besonders die ersten beiden Organisationen sind für unseren Vergleich recht gut verwendbar. Die gleiche Unterstützungshöhe und die gleiche Karenzzeit, wie sie der Vorstand in seinem Antrag befürwortet, treffen wir bei den Bildhauern und Glagehandschuhmachern. Allerdings haben die Bildhauer eine Bezugsberechtigung für Arbeitslosengehälter von 9, die Glagehandschuhmacher von 13 Wochen, während wir nur eine solche von kaum 7 Wochen vorgesehen. Aber sollte denn der Prozentsatz der Arbeitslosen bei den Bildhauern und Glagehandschuhmachern ein viel stärkerer sein, wie bei den Metallarbeitern? Sehr fraglich.

Es ist zu bedauern, daß die Statistik der Arbeitslosen im Metallarbeiterverband nicht gelungen ist; erst auf Grund deren Ergebnisse ließe sich genau prüfen, ob die Rechnung des Vorstandes stimmt. Heute tappen wir in dieser Beziehung in der That im Dunkeln.

Vielleicht aber gestatten die Zahlen der von dem englischen Arbeitsamt für den Zeitraum von 1887—1894 ermittelten Ziffern der Arbeitslosigkeit im englischen Maschinen- und Schiffbauergewerbe einen Rückschluß auf die Höhe der Arbeitslosigkeit in unserem Verband. Die „Labour Gazette“ theilte mit, daß die prozentuale Höhe der Arbeitslosigkeit in dem genannten Gewerbe schwankte von 2,2—11,26 Prozent über haupt beschäftigten; es handelt sich also hier nicht nur um Organisirte.

11,26 Prozent wäre also die höchste Ziffer der Arbeitslosen im englischen Maschinen- und Schiffbauergewerbe. Bekanntlich werden aber in England viel eher Unorganisirte als Organisirte beschäftigungslos, da die letzteren mehr oder weniger die Elite der Arbeiterschaft ausmachen. In Deutschland ist es nicht viel anders. Auch hier sind in den Organisationen nicht die schlechtesten Arbeiter.

Nimmt nun der Vorstand an, daß von 40 000 Mitgliedern 2500 arbeitslos werden, dann hätten wir 6,25 Prozent Kollegen jährlich ohne Beschäftigung. Diese Ziffer entspricht aber auch dem Durchschnitt der Arbeitslosen in der englischen Metallindustrie. So könnte also die Berechnung des Vorstandes stimmen.

Aber wir sind sogar der Ansicht, daß der Vorstand noch viel zu pessimistisch gesehen hat. Wir sagen: Fort mit der Reiseunterstützung und Einführung einer einzigen Unterstützungsform, die der Arbeitslosen! Wer will es leugnen, daß heute hunderte, ja tausende junger Kollegen viel zu sehr auf die Gewinnung von Reiseunterstützung bedacht sind, wie es dem Verbands und den Kollegen selbst gut ist. Warum geht man heute noch auf Wanderschaft? Doch nicht um sich in feinem Geschäfte auszubilden? Wie kann man sich in einer „Ausbildung“ reden, wenn der junge Schlosser, Dreher, Schmied etc., säugt er in einer neuen Fabrik oder Werkstatt zu arbeiten an, dort durchweg zum Theilarbeiter „ausgebildet“ wird. Die heutige Zeit mit ihrer mißthätigen Arbeitsstellung läßt eine Ausbildung des Handwerkers in dem Sinne, wie es unsere Alvordern verstanden, gar nicht zu. Wer heute nicht durch Arbeitslosigkeit gezwungen ist, seinen Platz zu verlassen, der bleibe ruhig dort und schaffe an der Organisation, damit in der Heimath gute Verhältnisse errungen werden. Die Romantik des „Handwerksburschenlebens“ gehört schon längst zu dem Ueberwundenen.

Und doch ergreifen tausende von jungen Leuten den Wanderstab, von Stadt zu Stadt ziehend, monatelang ohne Arbeit bleibend, da Alles überfüllt ist, während in recht vielen Fällen der Wandernde eine bessere Arbeitsstelle verlassen hat, wie er Aussicht hat, eine zu bekommen.

Man wird uns nicht in dem Verdacht haben, die Freizügigkeit der Arbeiter beschränken zu wollen. Was wir hier ausführen, sind Gedanken, die uns selbst anhaftigen sind, als wir als Handwerksbursche über das Leben und die Aussichten eines solchen nachdachten. Wir wiederholen: Wer nicht nothgedrungen auf die „Tippelrei“ gehen muß, sei es aus diesen oder jenen Gründen — nur den Grund der „Ausbildung“ lassen wir nicht gelten —, der bleibe zu Hause und widme seine Kräfte der Organisation; diese wird dann in die Lage kommen, die heimischen Schäden auszumergen.

„Schaffen wir nur eine Unterstützungsform, die der Arbeitslosen, dann werden viele Hunderte der Kollegen nicht in den Verband eintreten, da sie keine Reiseunterstützung erhalten.“ So wird man uns entgegenhalten. Aber wir sagten schon, daß auch die Reiseunterstützung nur als Arbeitslosenunterstützung aufzufassen ist. Und nennen wir nun das Kind beim richtigen Namen, dann müssen wir auch Sorge tragen, durch entsprechende Bestimmungen den Charakter der Unterstützung als solche für Arbeitslose zur Anerkennung zu bringen. Wie die Trades Unions streng darauf achten, daß ihre Klassen nicht gebrandschatzt werden, so auch wir. Für

Weisheit haben wir unser Geld nicht angehäuft und in vielen Fällen sind gerade die größten Weisheitsmänner, haben sie ständige Arbeit gefunden, überhaupt keine Verbandsmitglieder mehr.

Wir versprechen uns von der Abschaffung der Reise- und nur Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung eine ganz erhebliche Abnahme der Reisegeldempfänger. Und diese Abnahme wird so stark sein, daß die Berechnung des Vorstandes betreffs der Arbeitslosenkasse sich als eine weit günstigere erweist, wie es jetzt den Anschein hat. Für die Erhöhung der Beiträge um 5 % pro Woche werden die älteren ansässigen Mitglieder um so mehr zu haben sein, da sie heute bei 20 % Wochenbeitrag außer der Verbandszeitung nichts von der Organisation profitieren, für den Wochenbeitrag von 5 % aber ein ganz entsprechendes Äquivalent erhalten.

Wir glauben auch, daß die Braunschweiger Generalversammlung dem Antrag des Vorstandes zustimmen wird.

Essen: Otto Gué.

Ist ein erhöhter Beitrag dem Metallarbeiterverbande zu empfehlen? In Nr. 2 der „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt Kollege Gök (Nürnberg) einen Artikel über die gemachten Bremer'schen Vorschläge und spricht am Schlusse den Wunsch aus, die kleineren Städte mit ihren niedrigen Löhnen möchten sich zur Frage „Beitragserhöhung“ äußern. Dieser Wunsch soll erfüllt werden, da es schon zu den Seltenheiten gehört, die „kleineren“ Städte um ihre Meinung zu fragen (und ist nicht bekannt, daß man einmal die großen Städte um etwas befragt hätte, zu dessen Beantwortung nicht auch die „kleineren“ aufgefordert worden wären. Neb.), sündmalen dieselben sich auch selbst wenig bemerkbar machen, wo sie doch in einer so wichtigen Frage wie Beitragserhöhung mit ihren meist erbärmlichen Löhnen eine entschiedene prinzipielle Stellung einnehmen müßten.

Um gleich auf das Streitobjekt, als da ist „Beitragserhöhung“ zwecks Einführung der Arbeitslosenunterstützung“ selbst einzugehen, bedarf es vorher einiger kurzen Bemerkungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den „kleineren“ Städten. Es ist wohl nicht zu tief gegriffen, wenn man den Durchschnittsverdienst eines Metallarbeiters in den betr. Städten mit 15 M. pro Woche angibt. Z. B. in unserem Ort geht der Durchschnittslohn nicht über 15 M. hinaus, sondern ist eher noch niedriger; und doch ist unser Ort in Bezug auf Löhne noch lange nicht der schlechteste. Halten wir vorerst diese Norm von 15 M. fest und betrachten wir uns einmal unsere Branche, die Metallindustrie. Wenn es eine Industrie gibt, die an Vielseitigkeit in Bezug auf Art der Arbeit, die Arbeitszeit, die Löhne, die sonstigen Arbeitsverhältnisse und des darin tätigen Menschennaterials nichts zu wünschen übrig läßt, so ist es unzweifelhaft die Metallindustrie, die Industrie, die unserer Organisation die Mitglieder und Kämpfer zuführen soll. Denn der Deutsche Metallarbeiter-Verband soll doch jedem in der Metallbranche beschäftigten Arbeiter zugänglich sein. Ist er das auch in Wirklichkeit? Diese Frage muß natürlich von unserem Standpunkte aus bejaht werden, aber ob die Tausende der am elendesten bezahlten Arbeiter unter uns, die mit 8, 9 und 10 M. pro Woche ihr Dasein fristen müssen, diese Frage bejahen, das steht auf einem anderen Blatte. Und unser Ziel ist doch, auch diese Arbeiter zu organisieren. Dieses Ziel und die Aussicht auf das Gelingen dieses Planes erhält aber sofort einen fürchterlichen Stoß, wenn wir in Beitragserhöhung weiter machen. Denn wenn schon heute, bei einem relativ niedrigen Beitrag von 20 % ein großes Heer von Arbeitern da ist, die da sagen, diesen Beitrag nicht erheben zu können (ob mit Recht oder Unrecht will ich nicht entscheiden), wie soll das erst werden bei 30 resp. 40 % Wochenbeitrag? Wir würden dadurch nicht bloß diese Arbeiter nicht bloß in ihrer Ansicht bestärken, wir würden sie auch härten durch jetzige Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Man braucht durchaus kein Besessener zu sein, wenn man sagt, daß von der Woche an, wo der Bevollmächtigte und Kolporteur seine Karten zu 40 % verläßt, die Mitglieder nicht zu Hunderten, sondern zu Tausenden abfallen werden! Oder glaubt man vielleicht, die Mitglieder zu halten, indem man ihnen sagt: heute noch drei Monaten (die Einzahlung ist geschrieben, bevor der Vorschlag des Vorstandes bekannt war. Neb.) bist Du berechtigt, eine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe zu beziehen? Abgesehen von den Arbeitern, die 40 % pro Woche nicht zahlen können, und es wird Niemand behaupten wollen, daß es solche Metallarbeiter nicht gibt, werden die übrigen unter uns, die 40 % zahlen können, den Wert der Arbeitslosenunterstützung einsehen? Nein, beileibe nicht! Dazu

ist die Mehrzahl der deutschen Arbeiter viel zu „bequem“, als daß sie sich in einer Organisation Rückenhalt verschaffen will, um in Zeiten der Noth gestützt zu sein; nein, sie will erst das Geld, die Noth am eigenen Leibe grünlich spüren, ehe sie weiß, wie sie sich gegen unvorhergesehene Fälle und Ausbeutung zu schützen hat.

Also, wer da glaubt, durch Verdoppelung der Beiträge mit dem dazu gehörigen Gegengeld: Arbeitslosenunterstützung dem Verbands ein kräftiges Zugmittel in die Hand zu geben, befindet sich doch ganz gehörig auf dem Holzwege, hat eine viel zu hohe Meinung von den Metallarbeitern mit ihren „hohen“ Löhnen.

Die Frage der Beitragserhöhung hat eine so tief-einschneidende Bedeutung für den Verband, daß bei der eventuellen Annahme derselben die Existenz desselben in Frage kommen kann. Denn ein anderer Faktor taucht unwillkürlich wie er vor mir auf: Branchenorganisation. Nun, jedenfalls wäre eine solche Erhöhung der Beiträge Wasser auf gewisser Leute Mühlen und würden wir wohl manchem „Handwerker“ dem Verband den Rücken kehren und „seiner“ Organisation sich zuwenden sehen. Ich glaube nun, daß es wohl jedem Kollegen klar wird und ist, daß das Experimentieren mit derartigen Sachen sehr gefährlich werden kann (um mit Kollege Schlegel-Berlin zu reden).

Um aber nicht in den schlimmen Verdacht zu kommen, nur zu kritisieren, selbst aber nichts vorschlagen zu können, erlaube ich mir folgenden Vorschlag zu machen: Als Anhänger der Arbeitslosenunterstützung bin ich auch der Ansicht, daß dieselbe bei uns eingeführt werde, aber ohne Beitragserhöhung! —

„Unmöglich, das geht nicht!“ so sagt sich dazu Jeder. Man höre! Die Generalversammlung beschließt die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vom 1. Oktober 1897 ab. Ueber die Höhe derselben erlaube ich mir nicht, einen Vorschlag zu machen; als einzigermaßen bestimmende Unterlage kann die bis dahin fertige Arbeitslosenstatistik dienen. Die Karenzzeit beträgt zwei Jahre, die Dauer der Unterstützung sechs Wochen; die Arbeitslosenunterstützung ist nur einmal jährlich zu gewähren. Bis 1. Oktober 1898 hat die Einrichtung ein Jahr bestanden, es ist also eine Uebersicht vorhanden, welche dem Vorstand maßgebend dafür sein wird, die Einrichtung weiter bestehen zu lassen oder in dieser Zwischenzeit die Beiträge zu erhöhen, eventuell die weitere Zahlung von Unterstützungen aufzuheben. Die darauf folgende Generalversammlung könnte dann auf das Ergebnis dieses Experiments hin ihre Beschlüsse fassen. — Also ich meine, wenn man einmal experimentieren will, und man wird wohl experimentieren, so nehme man erst einmal als Versuchsfeld die Verbands-kasse, ehe man sich an das Wollen und Können der Mitglieder wendet in Bezug auf das Beitragzahlen. Dieser ist mir eine verhältnismäßig schwache Kasse und 50 000 Mitglieder, als eine volle Kasse und die dazu fehlenden aktionsfähigen Kämpfer (siehe Girch-Dunderianer).

Also fassen wir kurz zusammen: Die große Mehrzahl der Kollegen in mittleren und kleineren Städten hat in Folge ihrer schlechten Löhne, ihrer nur minimalen oder meist ganz fehlenden Aktionsfähigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiete kein Interesse an einer Beitragserhöhung, sondern sieht vielmehr in einer solchen eine große Schädigung in der Entwicklung des Metallarbeiterverbandes; man verschone sie deshalb mit fortwährenden Rufes nach Beitragserhöhung, die wohl auf einem gut zahlenden Blase getragen werden kann, aber dem schlecht abgelohten Kleinstädter eine schier unerträgliche Last wird. Man stärke vielmehr das Klassenbewußtsein dieser Arbeiter durch Agitationen und Veröffentlichung der oft heillosen Arbeitszustände, damit einmal hier sich etwas ändert, damit hier einmal bessere Arbeitsbedingungen, bessere Löhne plaggreifen. Dann wollen wir wieder einmal zusammen reden, dann können wir auch 20 % pro Woche mehr zahlen als herie.

Die Antwort auf die dem Artikel voranstehende Frage kann von unserem, dem Kleinstädtischen Standpunkte nur ein dreimaliges Nein sein, und wäre es wünschenswerth, daß sich die Kollegen überall gegen derartige Rufe im Interesse der Gesamtheit auflehnen und bewirken, daß eine Generalversammlung zu Stande kommt, die diesen Forderungen für diesmal ein kräftiges Nein entgegensetzt, zum Segen unserer Organisation! Döbeln i. S. Max Wolfe, Schlosser.

In Nr. 3 unserer Verbandsorgans nimmt nun auch der Vorstand zu der allmählich gewordenen Frage der Arbeitslosenunterstützung Stellung; ich war nicht wenig überrascht, daß derselbe mit einem Antrag zu Gunsten derselben einverstanden ist. Zu diesem seinem Antrage will der Vorstand gekommen sein durch die erwiesenermaßen riesige Fluktuation der Mitglieder und die Klagen, daß der Verband für die elten ansässigen Mitglieder zu wenig biete. Beides wird auch von mir anerkannt,

ohne daß ich mich jedoch als Unzufriedener für die Arbeitslosenunterstützung sehr erwärmen könnte. Es werden auch wohl herzlich wenig Genossen sein, welche prinzipiell gegen diese Unterstützung sind, lediglich taktisch-praktische Fragen sind es, die unsere ablehnende Haltung bedingen. Wir müssen doch nur bedenken, daß die Branchen unseres Metallarbeiterverbandes durch die maschinellen und technischen Verbesserungen und Erfindungen weit mehr revolutionirt werden, als andere Gewerkschaften, daß also bei uns das Heer der Arbeitslosen im Verhältniß immer um ein Ertriedliches größer ist, als bei jenen, und daß sich dieses Verhältniß künftig immer mehr noch zu unseren Ungunsten verschleppen wird.

Wird die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, so wird meines Erachtens die naturnothwendige Konsequenz sein, daß sich jede weitere Generalversammlung wieder mit einer Erhöhung des Wochenbeitrages beschäftigen muß; und daß dann diese Erhöhung auch thatsächlich erfolgt, ist sicher, denn wollte man später das Unterstützungswesen wieder einschränken, so würde wohl der Verband aus den Fugen gehen.

Wenn nun andererseits der Vorstand meint, daß die heutige Staatshilfe die Arbeiter nur auf dem Wege durch's Armenhaus zur vollständigen Verjümpfung zu führen geeignet sei, so ist das vollständig richtig, hat uns aber bis dato noch nicht abgehalten, immer von Neuem wieder die Forderung nach Ausbau und Reform der Sozialgesetze zu erheben. Und hat nicht schon eine ganze Reihe Städte die Verpflichtung, für die Arbeitslosen zu sorgen, wenigstens im Winter, anerkannt? Nun kommen die Gewerkschaften und zeigen, daß die Arbeiter noch in der Lage sind, sich selbst zu helfen, ist es da ein Wunder, wenn Staat und Kommune erklären: „Ihr braucht unsere Hilfe ja noch gar nicht!“ und die kleinen Anfänge wieder verschwinden? Hat aber der Staat erst die Verpflichtung, die Arbeitslosen zu unterstützen, so wird er im Interesse seines Geldbeutels gar bald an eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit herantreten müssen und damit komme ich zu dem, was wir als die beste Arbeitslosenunterstützung betrachten, die Verkürzung der Arbeitszeit.

Wenn ich mich nun über den Antrag des Vorstandes wunderte, so geschah es, weil er so häufig die schlechten Klassenverhältnisse vorschützt, wenn es sich darum handelt, irgendwo unsere Hauptforderung durchzusetzen. Ich denke: Dem Fluktuieren des Mitgliederstandes ist abzuhelfen, wenn man den Mitgliedern Gelegenheit gibt, ihre Beiträge wöchentlich zu entrichten, sei es nun durch Vertrauensmänner in den Werkstätten oder durch einen Beitragserheber, wie es z. B. seitens des Gewerkschaftsartikels in Frankfurt a. M. jetzt für sämtliche Gewerkschaften am Orte geplant ist. Den ansässigen Mitgliedern aber wird am Besten gebient sein, wenn wir für die Verwirklichung des § 2a unseres Statuts, namentlich für Eringung einer kürzeren Arbeitszeit mehr Mittel als bisher aufwenden können. Wir dürfen eben bei der Agitation für den Verband nicht immer zuerst mit dem Unterstützungswesen propagieren, sondern müssen betonen, daß wir uns organisieren, um gegen eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen besser ankämpfen zu können, resp. um uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Behalten wir daher die Arbeitslosenunterstützung ab und lassen die Beiträge wie sie sind! Denn daß eine abermalige Erhöhung derselben diesmal auf starken Widerstand stoßen wird, ist wohl schon aus dem Antrag Liebigang-Oberswalde (siehe Nr. 3 ds. Bl.) zu schließen, über welchen allerdings meiner Meinung nach die Generalversammlung nur zur Tagesordnung übergehen kann.

Wir haben gesehen, daß der 20 %-Beitrag die Leistungsfähigkeit des Verbandes bis jetzt immerhin zufriedenstellend gestaltet hat und liegt daher absolut kein Anlaß vor, wieder mit allen möglichen neuen Projekten darauf herumzubasteln. — Wir kommen vielleicht noch einmal nach Veröffentlichung des Reglements für die Arbeitslosenunterstützung auf die Angelegenheit zu sprechen.

Frankfurt a. M. Bodenheim.

J. Bornemann, Mechaniker.

Angefaßt der Thatsache, daß jetzt wieder in den verschiedenen Filialen unserer Organisation, sowie auch in unserer Stammpresse das Problem der Arbeitslosenunterstützung ventilirt wird, hat mich die am Sonntag, den 10. Januar, stattgehabte Versammlung der hiesigen Filiale, welche der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung entgegentrat, beauftragt, meine Ansichten über dieses Problem in der nächsten Nummer auszusprechen. Ich will nun die Spalten unserer Zeitung nicht in so ausgedehntem Maße in Anspruch nehmen, wie dies der Kollege Schlegel mit seinen trefflichen Ausführungen gethan hat, mich vielmehr so kurz wie möglich fassen. Bemerkten muß ich aber, daß ich bei allen Erörterungen, welche Bezug auf unsere Organisation haben, voraussetze, daß sie im Interesse derselben geschehen, aus der Er-

kenntnis heraus, daß der Organisation noch sehr viele und auch große Mängel anhaften, deren Beseitigung allerseits angestrebt werden muß.

Als einen solchen zu beseitigenden Mangel scheint man es auch in verschiedenen Verwaltungsstellen bzw. Filialen zu empfinden, daß wir noch keine Arbeitslosenunterstützung haben und ist daher bestrbt, diesem Mangel abzuhelfen. Der Gewerkschaft ist nun keineswegs neu; er liegt gewissermaßen schon seit Jahren in der Luft, und daß er jetzt wieder aufgegriffen ist, dürfte wohl zum größten Teil darauf zurückzuführen sein, daß sich der letzte Gewerkschaftskongreß in Berlin prinzipiell dafür erklärte und den Organisationen, bei denen die Verhältnisse es gestatten, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung empfahl. Man scheint nun vergessen zu haben, daß der Gewerkschaftskongreß es nur denjenigen Organisationen empfahl, deren Verhältnisse es gestatten; aber was für die eine Organisation anbracht und gut ist, kann der andern ihr Grab werden. Die Ursache liegt in dem industriellen Verhältnis, mit welchem jede Organisation zu rechnen hat.

Ich bin nun der Ansicht, daß, wenn man eine so tief in das Organisationswesen einschneidende Maßregel, die eventuell das Fortbestehen der ganzen Organisation in Frage stellen kann, einführen will, man sich dort erst fragen muß, ob auch die Organisation dieselbe, ohne Schaden zu nehmen, übertragen kann.

Meiner Meinung nach kann der Metallarbeiter-Verband in seiner jetzigen Form eine Arbeitslosenunterstützung nicht aushalten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß einmal früher oder später zu dieser Frage Stellung genommen und die Arbeitslosenunterstützung vielleicht eingeführt werden muß; die Voraussetzung aber ist, daß die Form der Organisation eine Aenderung erfährt; je früher je besser.

Man komme nicht damit und sage, was bei den Buchdruckern und Gutmachern geht, warum soll das denn bei uns nicht auch gehen? Diese Organisationen sind mit der unserigen absolut nicht zu vergleichen; denn diese beiden Gewerke sind jedes für sich ein abgeschlossenes Ganzes und die Mitglieder der beiden Organisationen liegen alle ein und demselben Berufe ob, wogegen sich die Mitglieder der Metallarbeiterorganisation aus Duzenden von Berufen der verschiedensten Art zusammenmischen. Zudem ist die Organisation der Buchdrucker von vornherein ganz anders angelegt, wie die der Metallarbeiter. Will man die Form der Organisation nicht ändern, dann hat es mit der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung noch gute Wege, dann ist eine solche erst möglich, wenn die Großbetriebe das Aufsaugungsgeßäß der Kleinbetriebe beendigt haben. Würde man aber diesen ungeachtet eine Arbeitslosenunterstützung einführen, so bin ich sehr davon überzeugt, daß man gezwungen wäre, nach sehr kurzer Zeit und großem Schaden dieselbe wieder zu beseitigen. Alle diejenigen, die einer Arbeitslosenunterstützung das Wort reden, haben sicherlich über die Organisation einer solchen noch nicht nachgedacht; wenn das Gegenteil der Fall wäre, so dürfte man doch erwarten, daß sie ihren Plan, nach welchem die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung einzuführen möglich wäre, veröffentlicht hätten; oder aber sie haben die Schwierigkeiten eingesehen und erwarten nun von einer Diskussion pro und kontra die Lösung des Räthsel. Verschiedentlich ist man der Meinung, daß durch die Erhöhung des Beitrags pro Woche um 20 A die Arbeitslosenunterstützung gesichert sei. Nicht übel. Denn dann würde der ganze Jahresbeitrag eines Mitgliedes dazu gehören, einem arbeitslosen Kollegen eine Arbeitslosenunterstützung auf 10 Tage zu gewähren. Das wäre ja eine Tiefenleistung.

Wie viel Mitglieder haben wir aber nun im Verband, die im Jahre nicht mindestens 10 Tage arbeitslos wären? Wir brauchen ja nur die Reihen in Betracht zu ziehen. Der Beitrag müßte mindestens um 40 A erhöht werden. Hat man aber auch überlegt, daß ein großer Theil unserer Mitglieder bei den heutigen Verhältnissen gar nicht in der Lage ist, einen höheren Beitrag, als den heutigen, zu zahlen? Man kann demgegenüber freilich erwidern, 20 würden genügen, wenn man die Arbeitslosenunterstützung anfangs nicht gleich zu hoch, nehmen wir an, auf 3 A pro Woche bemessen würde. Wir hätten dann aber wenigstens eine Arbeitslosenunterstützung und ein gutes Propagandamittel. Das ist richtig. Aber was hätten wir damit erreicht? Nichts weiter, als daß sich eine große Anzahl indifferenter Personen, welche jedes Jahr 8 bis 10 Wochen und auch länger arbeitslos sind, in der Verband aufnehmen ließen, um sich von demselben über die arbeitslose Zeit hinweghelfen zu lassen. Diese Leute kommen in keine Versammlung und sind folgedessen auch nicht zu zielbewußten Arbeitern heranzubilden. Man komme nicht und sage, das sei Schwarzjeherei. Wir wissen aus Erfahrung, daß solche Elemente genug vorhanden, die nur mitmachen, wenn es etwas zu holen gibt und die Gelegenheit gründlich auszunutzen; haben wir doch schon jetzt eine ziemliche Anzahl unter uns, die den Verband nur als Unterstüßungsbor-an ansehen, und das 2- und 3fache aus dem Verbande herausziehen von dem, was sie hmeingezahlt haben. Sodann würden wir aber noch erreicht haben, daß die indifferenteren Elemente, die sich in der arbeitslosen Zeit fast stets an die Armenverwaltung wenden, dies nicht mehr thun würden. Es wäre in diesem Falle die Arbeitslosenunterstützung eine Prämie auf die kapitalistische Produktionsweise. Aus diesem Grunde bin ich sogar prinzipieller Gegner einer Arbeitslosenunterstützung. Bei den Buchdruckern liegt die Sache anders, diese haben auch einen Tarif erkämpft und kein Mitglied darf darunter arbeiten; auch haben dieselben sehr wenig oder gar nichts mit Streiken zu thun. Diese Organisation ist eben eine andere und ist mit der unserigen nicht in Vergleich zu bringen. Wir müssen unsere ganze Kraft dafür einsetzen, daß das uns gewährte Koalitionsrecht nicht nur auf dem Papier steht. Wir müssen uns völlige Bewegungsfreiheit erringen und eine Machtposition zu erkämpfen suchen, die uns ermöglicht, dem Unternehmertum in allen Lagen des Lebens Trost bieten zu können. Wenn wir das erreicht haben, dann ist es an der Zeit, eine Arbeitslosenunterstützung, wenn es dann überhaupt noch nöthig ist, einzuführen, eher nicht. Also man überlege.

Hierlohn.

Karl Bauer.

Der Ausstand der Hafnarbeiter und Seelente in Hamburg-Altona.

Der Arbeitgeberverband will auch nach der bündigen Erklärung der Streikenden, daß sie den Frieden wollen, nicht die Hand bieten, einen baldigen Abschluß des Kampfes herbeizuführen. Zwar hatte er von den für den Hafenverehr in Frage kommenden Berufen drei Vertreter ernannt, welche von der von den Streikenden erwählten Kommission die Wünsche, welche die Arbeiter haben, entgegenzunehmen sollten, doch gab er ihnen das gebundene Mandat mit, sich auf keinerlei Verhandlungen einzulassen. Die dreistündige gemeinsame Sitzung fand unter Zuziehung des Handelskammersekretärs als Schriftführer am Sonnabend, den 16. Januar, statt. Die Art der Besprechung ließ erwarten, daß eine Verständigung herbeigeführt werde. Die Vertreter der Streikenden legten folgende Bedingungen für den Friedensschluß vor:

„Drei Arbeitgeber jeder in Frage kommenden Spezialbranche verhandeln mit drei Arbeitnehmern derselben Branche, als da sind: die Herren Gewerführerbaase mit den Gewerführern usw. Diese sämtlichen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer treten nach Beendigung der Spezialberatungen wieder zusammen, um sich über Erledigung der noch vorhandenen Differenzpunkte zu besprechen. Stann in dieser gemeinsamen Sitzung eine Verständigung nicht erzielt werden, dann wird weiter darüber berathen, auf welche Weise diese Fragen ihre endgiltige Erledigung finden sollen, ob durch ein eventuell zu bildendes Schiedsgericht, und wie dasselbe zusammengesetzt sein soll. Die gefassten Beschlüsse werden dann sowohl den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern zur Abstimmung unterbreitet. Bei Zustimmung von beiden Seiten wird der Streik für beendet erklärt. Erfolgt diese jedoch nicht, so treten auf's Neue die sämtlichen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, um sich über das Weitere zu berathen. Die gefassten Beschlüsse sind im genauen Wortlaut sowohl bei den Spezialberatungen der einzelnen Gruppen, als bei den Gesamtberatungen zu Protokoll zu nehmen, von beiden Theilen zu unterzeichnen und ist jedem Theil eine Abschrift davon auszuhändigen.“

Die Streikenden erklärten sich in den Branchenversammlungen, die am Montag, den 18. Januar, stattfanden, durch Annahme folgender Resolution mit den Vorschlägen ihrer Vertreter einverstanden:

„Die streikenden Hafnarbeiter und Seelente erklären hierdurch ihr volles Einverständnis mit dem seitens ihrer Vertreter den Herren Arbeitgebern gemachten Vorschlag. Sie erblicken in demselben den einzig gangbaren Weg, die Differenzen schnell zu erledigen. Vor Allem betonen dieselben, daß sie gleich wie die Arbeitgeber den Wunsch hegen, einen möglichst dauernden Frieden herbeizuführen. Durch eine Wiederaufnahme der Arbeit ohne vorherige Vereinbarungen würde derselbe aber nicht zu Stande kommen. Nur durch die beiderseitigen Interessen berücksichtigende Abmachungen, welchen die Arbeiter in ihrer großen Mehrzahl ihre Zustimmung erteilt haben, kann dieser große Kampf, ohne Erbitterung auf einer der beiden Seiten zu hinterlassen, zu Ende geführt werden.“

Es wäre nunmehr dem Arbeitgeberverband ein Leichtes gewesen, unter keineswegs für ihn demüthigenden Bedingungen die Beendigung des Streiks in wenigen Tagen herbeizuführen. Er hätte schon am Montag, den 18. Januar, seine Stellung präzisiren können.

Am Donnerstag, 21. Januar, hielt der Arbeitgeberverband es endlich für notwendig, in einer Sitzung Stellung zu den Vorschlägen der Streikenden zu nehmen. Der Beschluß entspricht der bisher innegehaltenen Stellungnahme. Diese Musterarbeitgeber wollen die Arbeiter durch Ausbungen zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zwingen. Das als Antwort gegebene Schriftstück wollen wir nachstehend folgen lassen:

„Der Arbeitgeberverband hat von seinen Vertretern den Bericht über die am Sonnabend mit Ihnen gehabte Besprechung erhalten. Aus den Besprechungen ging hervor, daß die Arbeiter auch heute noch Vertrauen weder zu den am 18. Dezember vom Senat gemachten Eröffnungen, noch zu den ihnen am Sonnabend seitens der diesseitigen Vertreter in bündigster Weise gegebenen Erklärungen haben, daß sofort nach Wiederaufnahme der Arbeit unter den Bedingungen und wie sie zur Zeit im Hafen zu haben ist, eine gründliche Untersuchung und thunlichste Abstellung der etwa vorhandenen Mängel herbeigeführt werden solle. Der Arbeitgeberverband hat berechtigte Hoffnung, daß auch heute noch der Senat bereit ist, auf Ersuchen beider Parteien die Einigung der Verhandlungen durch eines oder einige seiner Mitglieder zu übernehmen, wodurch den Arbeitern volle Garantie für Unparteilichkeit gegeben ist. Die Arbeitgeber haben den Arbeitern Entgegenkommen bewiesen, obgleich die Schwierigkeiten im Hafen größtentheils überwunden sind und täglich mehr schwinden, hauptsächlich, um den alten Arbeitern den Wiedereintritt in die noch offenen Stellen zu ermöglichen; sie hoffen, daß sie in der Lage sein werden, auch neben den neuangestellten Arbeitern eine größere Zahl alter Arbeiter zu beschäftigen, wenn sie nicht durch die Verlängerung des Streikes zur Heranziehung weiterer neuer Arbeiter gezwungen werden. Da die Arbeiter auf Entlassung der neuen Arbeiter bestehen und die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen wollen, als bis sie durch Verhandlungen Konzeptionen seitens der Arbeitgeber erzwungen haben, so besteht im Arbeitgeberverbande ungeheiltes Einverständnis darüber, daß auf dieser Grundlage ein Ausgleich nicht möglich ist.“

Das deutsche Volk mag an diesen Vorgängen erkennen, daß diese Leute anfangen gemeinschädlich zu wirken. Die deutsche Arbeiterschaft wird versuchen, die Noth von den Streikenden fernzuhalten und ihre Solidarität wie bisher bewahren. Den prohenhaften Kapitalisten sei die Solidarität der Arbeiter entgegengesetzt.

Doch beginnt es auch in hürgerlichen Kreisen sich zu regen und die brutale Handlungsweise der Unternehmer gebührende Beurteilung zu finden. Ein von den Professoren und Doktoren Baumgarten-Kiel, Hertner-Starkstraße, Jastrou-Charlottenburg, Schmar-Hohenberg-Kiel, Mühlberger-Grailsheim, Lönies-Hamburg, ferner von M. v. Egidy-Berlin, Pfarrer Kaumann-Frankfurt a. M. und Graf Keina-Dresden unterzeichneter Aufruf fordert zur Unterstützung der

Streikenden mit Geldmitteln auf. Damit dürfte die Faltung des Arbeitgeberverbandes genügend charakterisirt sein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Im Laufe dieser Woche sind den Verwaltungen die für die Wahl zur Generalversammlung nöthigen Materialien, bestehend in 2 Wahlreglements nebst Wahlabtheilungen, je 2 Wählerlisten, Wahlprotokollformulare und Kouvverts mit der Aufschrift „Wahlresultat“ (und zwar je 1 Exemplar für die Haupt- und eine etwa nöthige Stichwahl) zugegangen und wollen diejenigen, die das Material noch nicht erhalten haben, umgehend reklamiren.

Den Zentralwahlkomitees gingen außer dem obigen Material noch die der Zahl der Verwaltungen ihrer Wahlabtheilung entsprechende Anzahl Formulare für etwaige Wahlvorschlüge, die doppelte Anzahl Formulare zur Zusammenstellung der Wahlresultate (für die Haupt- und etwaige Stichwahl) zu.

Die Zentralwahlkomitees wollen die Eintragung der Namen der Verwaltungsstellen in die Wahlresultatformulare, sowie die Fertigtstellung der Kouvvertadressen zur Verwendung der Wahlvorschlüge und Wahlresultate bei Zeiten vornehmen, damit die Wahlgeschäfte dadurch keinen Aufschub erleiden und die prompte Innehaltung der im Reglement festgesetzten Termine ermöglicht wird.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß **Anträge zur Generalversammlung** spätestens 10 Wochen vor Stattfinden derselben beim Vorstand eingereicht sein müssen und ersuchen daher, um eine rechtzeitige Veröffentlichung derselben vornehmen zu können, alle für die nächste Generalversammlung bestimmten Anträge so zeitig einzulenden, daß sie spätestens am **6. Februar** d. J. in Händen des Vorstandes sind.

Den Bestellern des **Adressenverzeichnisses** diene zur Nachricht, daß dasselbe vor Anfang Februar nicht expedirt werden kann.

Folgendes Mitgliedsbuch ist ungiltig und aufzuhalten: 133842 des Formers Philipp Bichardi, geb. ? am ?

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 7a:

Auf Antrag der Verwaltung Durlach: der Former Jakob Friedrich Künzler, geb. zu Pforzheim am 9. Febr. 1868, B. Nr. 117 798, wegen Nichtbeachtung der Sperre über die Firma Bentler in Pforzheim; der ? Weber aus Hagelsfeld, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltung in Frantenthal: der Dreher Karl Magin, geb. zu Homersheim am 2. Febr. 1868, B. Nr. 88 826.

Auf Antrag der allgemeinen Verwaltung in Nürnberg: Der Dreher Joh. Geipel, geb. zu Hauenberg i. Mähren am 27. ? B. Nr. 127 146.

Beide letztere, weil sie durch bedeutende Mehrleistungen und dadurch bedingten unverhältnismäßigen Verdienst im Afford wesentlich die Preise herabgedrückt haben.

Nicht wieder aufnahmefähig sind die Klempner:

Paul Kluge, geb. zu Grünhainichen am 23. Juni 1878, B. Nr. 129 971.

Karl Rudolf, geb. zu Gisleben am 26. Februar 1873, B. Nr. 40 917.

Hugo Schwalbe, geb. zu Chemnitz am 10. Novbr. 1867, B. Nr. 40 911.

Wilhelm Wernede, geb. zu ? am 23. November 1876, B. Nr. 121 283.

weil sie durch gemeinsame Vorstellung beim Fabrikanten die Entlassung zweier Kollegen (Verbandsmitglieder) bewirkten, ohne einen genügenden Grund dafür zu haben.

Der in Nr. 47 vom vor. Jahre veröffentlichte Ausschluß des Flaschners Franz Kottmann, geb. zu Groß-Gislingen am 4. Dezember 1874, B. Nr. 66 944, wird hierdurch aufgehoben, weil es Kottmann gelungen ist, die gegen ihn erhobene Beschuldigung zu entkräften.

Der Siebmacher Robert Bachmann, geb. zu Saalfeld am 19. Juni 1869, eingetretten am 25. Mai 1896 zu Stuttgart, hat in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter der Section der Siebmacher zu Stuttgart unter Mitnahme von M 21,70 Stuttgart verlassen und ersuchen wir die Verwaltungen, ihn im Betretungsfalle verhaften und uns darüber sofort Nachricht zugehen zu lassen.

Dem Schlofer Gustav Friege, geb. zu Eichberg, Kr. Bromberg am 24. Dezember 1872, B. Nr. 125 210, wird hierdurch zur Kenntniß gebracht, daß gegen ihn ein **Ausschlußantrag** wegen gefälschten Verabtrüdens der Affordpreise beim Vorstand eingegangen ist. Es wird ihm zur Last gelegt, daß er gegen die unter den Kollegen getroffene Vereinbarung, mehr als in der betr. ohne Gefährdung der Affordpreise zulässig, verdient, und diesen Verdienst noch durch falsche Arbeitszeit- und Stückrechnungen erhöht und so dem Unternehmer wesentlich Anlaß zur Herabsetzung der Affordpreise gegeben hat. Krüger wird, da sein Aufenthalt unbekannt, durch Veröffentlichung dieses Gelegenheits zur Rechtfertigung gegeben mit dem Bemerkten, daß der Vorstand ohne eine solche über den Antrag beschließen wird, sofern dieselbe nicht bis Ende dieses Monats bei ihm eingegangen ist.

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Heckerstraße 160/II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Berichtigung.

In der in voriger Nr. d. Z. veröffentlichten Zusammenstellung der Wahlabtheilungen, sowie in dem den Ortsverwaltungen zugegangenen Birkular ist zu berichtigen:

Wahlabtheilung	25 wählt Abgeordnete	3	statt 2
"	"	4	" 3
"	"	5	" 4
Königreich Sachsen:			
Dresden-N. und Dresden-N. wählt		3	" 2
Zu Kreichen ist:			
in Wahlabtheilung	11 die Verwaltungsstelle	Hof	
"	"	Hersfeld	
"	"	Weglar	
"	"	Spandau	
"Abreisveränderung des" Zentralwahlkomitees in Wahl-			
abtheilung 40, Stettin:			

Jakob Döring, berl. Warfowerstraße 7.
Im Wahlreglement ist ebenfalls zu berücksichtigen unter **Wahlhandlung** im Absatz 5, wo es heißt:

Jedes wählende Mitglied erhält einen mit dem Ortsstempel versehenen unbeschriebenen Stimmzettel und kann darauf (nur eigenhändig) bei der Wahl einen Namen verzeichnen. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Orthographisch unrichtig geschriebene Stimmzettel sind gültig, sofern der Name darauf deutlich zu erkennen ist. Es muß natürlich heißen:

Jedes wählende Mitglied erhält einen mit dem Ortsstempel versehenen unbeschriebenen Stimmzettel und kann darauf (nur eigenhändig) bei der Wahl so viel Namen verzeichnen, als **Delegierte in der betr. Wahlabtheilung** zu wählen sind usw..

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formier.

München. In der Landesischen Fabrik ist der Formier Genosse Bechter auf die Demunziation eines „Kollegen“ hin gemahngelt worden, weshalb 11 Formier und 2 Hilfsarbeiter die Arbeit einstellen. Zugug ist streng fernzuhalten.

Schwelm. Am 17. Januar hielt das Kartell eine Sitzung ab mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum Formierstreik bei der Firma Behn & Co. Das Streikkomitee schilderte die Situation wie folgt: Bei der Firma kamen schon längere Zeit Lohnabzüge vor. Am 7. Januar wurde wieder ein Lohnabzug von 10 Prozent angefragt, in Wirklichkeit wurden aber für einzelne Artikel bis 25 Prozent abgezogen. Dieses Ansuchen konnten die Formier nicht ruhig über sich ergehen lassen und 17 derselben legten die Arbeit nieder. Leider sind auch noch zwei Streikbrecher zu verzeichnen. Alle Vorstellungen der Arbeiter beim Meister gegen die Lohnreduzierung waren zwecklos; er erklärte kurz: „Wem das nicht paßt, der kann gehen.“ Am Samstag wollten die Ausständigen ihren Lohn holen, doch waren sämtliche Thore geschlossen. Um 7 Uhr wurde ein Thor geöffnet und konnten jedes Mal 2 Mann hineinkommen; diese wurden in Begleitung eines Schutzmannes und des Meisters in die Hude geführt, um ihr Werkzeug, das während der Zeit zusammengepackt war, abzuholen; dann ging es in's Komptoir, um Geld und Papiere in Empfang zu nehmen. Die Papiere wurden aber nicht angenommen, da die Entlassung eine gesetzwidrige ist und noch sämtliche Formier auf vierzehntägigen Lohn beim Gewerbegericht Klagen werden. — Zu unterstehen sind 17 Mann, 12 Verheirathete mit 27 Kindern und 5 Unverheirathete. Die Forderungen, welche die Formier stellen, lauten: 1. Sobald das Gießen beginnt, ist dafür zu sorgen, daß ein mindestens 2 Meter breiter Weg vom Gießofen aus frei ist, damit die Formier einen sicheren Weg beim Tragen des flüssigen Eisens haben; 2. ist für genügende Ventilation zu sorgen; 3. da die Formier die Form zu trocknen haben, ist für die dazu nöthigen Hilfsarbeiter zu sorgen; 4. das Fenstergießen muß so geregelt werden, daß für die Handpumpe 2 1/2 bezahlt werden; 5. da es öfters vorgekommen ist, daß am Lohnabend die Arbeit bis 8 und 9 Uhr ausgebeht wurde, wird gewünscht, die Schöpfung am Freitag Abend vorzunehmen; 6. die Arbeiter sind bereit, mit den Firmeninhabern in Verbindung zu treten, um einen Arbeitsausgleich zu wählen, der Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Beamten zu regeln hat und die Strafgeleider kontrollirt; 7. die Arbeiter wünschen Regulirung der Arbeitsordnung, weil verschiedene Paragraphen derselben nach der Gewerbeordnung hinfallig sind; 8. die Lohnverhältnisse sind so zu regeln, daß auch bei flauen Geschäftsgang ein Minimallohn von 35 1/2 erlangt wird. Ueberstunden müssen zu 36 1/2 Lohn mit 20 Prozent Zuschlag berechnet werden.

Selbgießer und Gütler.

Hamburg. Mitgliederversammlung der Sektion der Selbgießer vom 6. Januar. Kollege Schwabedal berichtet über den Hosenarbeiterstreik und fordert zur Unterstützung desselben auf. Der Antrag des Karrels, wöchentlich 2 1/2 zur Streikfasse abzuliefern, wird einstimmig angenommen. Der Dreher W. Kröplin, Mitglied unserer Sektion, ist im Hosen als arbeitsführer bestelligt. Es wird beschlossen, den Hauptvorstand zu ersuchen, denselben aus dem Verbande auszuscheiden. Beim Stimmungsstich wurden angenommen 12 1/2 90 1/2, die Ausgabe betrug 21,30 1/2, Defizit 8,40 1/2. Ueber den Arbeitsnachweis erlittener Sonnet Bericht und ersucht, sich in Zukunft besser an denselben zu beschäftigen. Als Arbeitsnachweisvorsteher wurden Damm und Borchers und als Ertragmann Sonnet gewählt. Bei Agitation wurde der Antrag Schwabedal, Wahl einer Agitationskommission, nach heftiger Debatte abgelehnt. Alsdann wurde einstimmig beschlossen, daß unsere Sektion dieses Jahr an einem kombinierten Beschlusse sich nicht beteilige. In den Jahresabschluss unseres Wintervereins, welches am 27. März bei Klett stattfindet, wurden die Kollegen Mer, Lemke, Meier, Adermann, Brückner, Krüge, Böhmans, Borchert, Sonnet, Baber und Jürgensen gewählt.

Klempner.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung der Klempnergehilfen zu Leipzig tagte am 11. Januar im Hermanns-Hof. Tagesordnung mit folgender Tagesordnung: 1. Einiges aus der Geschichte des Organisationswesens. 2. Danksagung hierzu. 3. Wintervereinsangelegenheiten. 4. Bestimmung der Wintervereinsangelegenheiten und hierzu eine

Kommission von 7 Mann gewählt, bestehend aus den Kollegen Schröder, Reibbaum, Schulz, Meißner, Wähle, Berg und Franz. Ein Antrag, der Kommission die Wahl des Saales zu überlassen, fand einstimmig Annahme. Ferner wurde die Kommission beauftragt, die Vorarbeiten bis zur nächsten Versammlung zu erledigen. Kollege Reibbaum erstattete den Bericht der Werkstellenskommission. Er führte an, daß Kollege Bohmann aus der Werkstellenskommission freiwillig ausgetreten ist. An seiner Stelle wird der erste Ertragmann Kollege Wamhoff einberufen. Des Weiteren gibt er bekannt, daß der Arbeitsnachweis in der letzten Zeit von verschiedenen Meistern in Anspruch genommen wurde, so daß innerhalb 8 Tagen 10—12 Mann Arbeit erhalten konnten. Da die Arbeitslosigkeit zu der Zeit eine geringe war, so sah sich die Werkstellenskommission genöthigt, ein Inzerat in die Volkszeitung und in das Tageblatt einrücken zu lassen, worin bekannt gemacht wurde, daß Klempnergehilfen im Verkehrsfond Arbeit erhalten können. Die Kommission hat mit drei Werkstellen verhandelt, in denen Mißstände vorhanden waren. In zwei Fällen wurde eine Einigung erzielt, jedoch im dritten Falle wurde der Antrag gestellt, daß eine öffentliche Versammlung darüber entscheiden solle. Diese verzieß jedoch nach lebhafter Debatte die Angelegenheit an die Werkstellenskommission zurück mit der Weisung, nochmals Verhandlungen eintreten zu lassen. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefördert, soweit es noch nicht geschehen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten. Kollege Schröder nimmt jeden Sonnabend Anmeldungen im Verkehrsfond „Graphia“, Zeeburgerstraße 28, entgegen.

Hagdeburg. Eine öffentliche Versammlung der Klempner tagte am 9. Januar in der Zentralherberge. Kollege Michael erstattete als Mitglied der Lohnkommission Bericht über: Statistikk und Lohnverhältnisse im Klempnergewerbe. Es sind aus den verschiedenen Werkstätten und Fabriken 23 Fragebogen eingegangen, beantwortet waren dieselben von 119 Kollegen, davon sind 47 verheirathet mit 82 Kindern, 72 Kollegen sind unverheirathet. In den betreffenden Werkstätten werden 7 Lehrlinge beschäftigt. An Lohn wird pro Stunde gezahlt: bei 3 Kollegen 24 1/2, 27 Kollegen 25 1/2, 26 Kollegen 25—30 1/2, 51 Kollegen 30 bis 35 1/2 und bei 12 Kollegen 35—40 1/2. Die Arbeitszeit beträgt durchschnittlich 10 Stunden; Akkord haben 40 Kollegen, vorübergehend Akkord 27 Kollegen und keinen Akkord 52 Kollegen. Die Aufstellung eines Lohntarifs für dieses Jahr wurde für eine später stattfindende Versammlung vertagt, da viele Kollegen durch ihre Abwesenheit in der Versammlung glänzten. Gerügt wurde ferner, daß viele organisierte Kollegen es nicht der Mühe werth gefunden haben, die Fragebogen zu beantworten und an die Lohnkommission abzugeben. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die Witte'sche Werkstatt wieder für organisierte Arbeiter geöffnet ist. Im Besonderen entwickelte sich eine lebhaftige Debatte über die Lohnverhältnisse der Firma Weiser u. Fliese. Der Chef derselben hat abermals den Akkord reduziert. Früher wurden für 100 Laternen 75 1/2 gezahlt, jetzt nur 58 1/2. Als verschiedene Kollegen Herrn Stein zur Rede stellten, erwiderte er: „Wer für diesen Lohn die Laternen nicht machen will, der kann gehen, ich bekomme Leute genug.“ Zuna Schluß empfahl der Vorsitzende für den Ausbau der Organisation zu sorgen, den Hosenarbeiterstreik als Vergleich hinstellend, da nur durch einmüthiges Vorgehen der Arbeiter etwas erzielt werden kann.

Metall-Arbeiter.

Jungburg. Zu der am 16. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde in Bezug auf den Hamburger Hosenarbeiterstreik der Beschluß gefaßt, daß eine Liste angelegt wird, in welcher sich jedes Mitglied nebst dem zu bezahlenden Betrag einzeichnen kann, welcher dann von bestimmten Kollegen wöchentlich eingekassiert wird.

Bielefeld. Kombinierte Mitgliederversammlung des D. M. A. am 10. Januar. Kollege Bunte gab zunächst den Rapportbericht der allgemeinen Verwaltung vom 4. Quartal 1896. Einnahme: Kassenbestand 1122,21, Beitrittsgelder 44,10, Beiträge 1926, zusammen 2192,31. Ausgabe: Reiseunterstützung 35,41, örtliche Verwaltung 90,05, Hauptkasse 1800. Kassenbestand 265,85. Der Bestand der Mitglieder war am Schluß des 3. Quartals 1175, neu eingetreten 147, zugereist 29, von anderen Sektionen übergetreten 1, abgereist 48, bleibt ein Mitgliederbestand am Schluß des 4. Quartals von 1286. Nachdem dem Kassierer Deharge erstattet war, gab Kollege Bunte den Jahresbericht. Das Jahr 1896 war ein mühevolleres, aber auch erfolgreiches Jahr für die Metallarbeiter Bielefeld's gewesen. Man habe manche schwere Stunde gehabt, aber auch daraus gelernt. Die Ortsverwaltung habe sich der vielen Mühen mit Freuden unterzogen, um so mehr, da die mühevollste Arbeit nicht unbelohnt geblieben ist. Auger einem Kassenbestand von 150,53 vom Jahre 1895 ist im Jahre 1896 im Ganzen eingenommen 6562,90 incl. 1300 vom Vorstand in Stuttgart zur Unterstützung der Streiks. Davon sind vorausbezahlt für Reiseunterstützung 262,68, für örtliche Verwaltung 47,29, für den Streik der Feilenhauer bei Zimmermann 283, für den Streik bei Düttrop 1776,50, Unterstützung nach § 2e 30. an die Hauptkasse nach Stuttgart abgehandelt 3968,31. Bestand der Mitglieder war am Schluß 1896 310, neu eingetreten sind 1075, zugereist 129, aus anderen Vereinen übergetreten 2, ausgetreten und abgereist 230, so daß die Zahl der Mitglieder auf 1286 angewachsen ist. Mitgliederversammlungen sind 21, kombinierte 4, öffentliche 11, Generalversammlungen 2 abgehalten worden. Beiträge sind 13 gehalten, Hosenarbeiter sind 3000 vertrieben. Durchgereist sind 167 Personen, welche 262,68 Reiseunterstützung erhalten haben. Auger diesen, der allgemeinen Sektion, hat noch eine Sektion der Formier 137, der Schleifer 134, der Klempner 38 und der Feilenhauer 30, alle 5 Sektionen zusammen 1625 Mitglieder. Aus dem hier Angeführten geht zur Genüge hervor, daß die Metallarbeiter endlich angefangen haben, die Nothwendigkeit der Organisation einzusehen. Die Verhandlung in den Fabriken und die fortwährenden Akkordherabsetzungen haben hierzu mächtig beigetragen und tragen noch weiter dazu bei. Hauptächlich ein Formier, Deller, bei der Firma Bar & Koppel thut sich hierin hervor. Für einen Akkord, für den es früher 11,50 gegeben, gibt es jetzt nur noch 8,50. Ein Arbeiter verdient im Akkord in drei Tagen 4,50 und verbraucht hierbei für 6

Bohrer, so daß er statt Verdienst 1,50 Schaden hatte. Meiner ersucht daher die Anwesenden, so zu agitiren, daß an Stelle von 1625 Mitgliedern deren 3000 treten und daß in einem Quartal anstatt 2404,77 eine Summe von 45000 nach Stuttgart geschickt werden kann. Dann werden wir in der Lage sein, die bestehenden Uebelstände zu beseitigen. Also, hinein in die Organisation! — Hierauf wurde das Antwortschreiben des aus Nürnberg hiergekommenen Betriebsführers der Fabrik Koch & Co. Herrn Silberhorn an den Kollegen Bunte verlesen, in welchem Herr Silberhorn mittheilt, geschäftlicher Arbeiten halber sei er am Erscheinen verhindert. So wurde denn in seiner Abwesenheit sein Verhalten und seine Thätigkeit von der Versammlung einer scharfen Kritik unterzogen, da derselbe die niedrigen Löhne, wie sie am Orte seiner früheren Thätigkeit üblich sind, hier einführen wolle, wie aus den Ausdrücken, deren er sich seinen Arbeitern gegenüber bedient, genügend hervorgeht; er würde sich, wenn die Arbeiter zu dem bedingten Lohne nicht arbeiten wollten, aus dem Orte seiner früheren Thätigkeit, Nürnberg, Arbeiter kommen lassen. Es kommt nun noch hinzu, daß den neu eingestellten Arbeitern pro Stunde 40 1/2 versprochen, in Wirklichkeit aber nur 28—32 1/2 bezahlt worden sind. Auch sucht Herr Silberhorn erfahrene Arbeiter zu befehlen, wie man beispielsweise mehrere Fahrräder hintereinander löthet, wobei ihm das Unglück passiert ist, dieselben zu verbrennen. Nach Kenntnisaufnahme der hier angeführten Thatfachen, welche geeignet sind, die Lage der Arbeiter bis 50 Prozent zu verschlechtern, beschloß die Versammlung bis auf Weiteres die Sperre über den Fahrradbau der Firma vorm. Koch & Co. zu verhängen. — Die nächste Versammlung findet Sonntag, den 31. Januar, Morgens 10 Uhr, bei Stahl statt. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Sachsenheim. Der in der Versammlung vom 9. Jan. erstattete Jahresbericht ergab eine Einnahme von 1887,76. An die Hauptkasse gesandt 1062,34, am Ort verausgabt: 309,33, verbleibt ein Ueberschuß von 16,09. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Vorjahres 137, am Schluß des letztverflassenen Jahres 257. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: als Bevollmächtigter Beckmann, Hr. Seefir. 42; als Kassirer Sieglar, Pfingstbrunnensstr. 4, III; als Revisoren Hoffmann, Bode und Kolb. Dann wurde beschlossen, alle 4 Wochen eine kombinierte Mitgliederversammlung mit der Sektion der Mechaniker bei Zahn, Frankfurterstraße 53, abzuhalten. — Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vorschlag des Gewerkschaftskartells in Frankfurt einverstanden, daß die Mitgliederbeiträge durch Einkassiren in der Wohnung der Mitglieder abgeholt werden.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 9. Januar. Fiedler war mit der Fassung des Protokolls der vorigen Versammlung nicht einverstanden, da die Kranzspende für ein verstorbenes Mitglied abgelehnt und nur der Antrag, den Sterbekass eines Kollegen in „Hamburger Echo“ und der „Metallarbeiter-Zeitung“ bekannt zu machen, angenommen war. Der Antrag kommt nochmals auf die Tagesordnung. Ueber die 10 Gebote und die besitzende Klasse referirte Junge unter dem Beifall der Versammlung. Fiedler ersucht die Versammlung, dem Beschluß der Kartellkommission, pro Mitglied und Woche 2 für die streikenden Hosenarbeiter zu zahlen, zuzustimmen. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Der Vorsitzende berichtet, daß die Vorstandsmitglieder beauftragt seien, mit der Wirthin des Verkehrslokals, Frau Hul, Rücksprache zu nehmen betreffs Abhaltung unserer Versammlungen, da dort der Besuch derselben ein besserer sein dürfte.

Cassel. In der Lokomotivfabrik von Henschel u. Sohn war am 19. Januar der Vertrauensmann des D. M. A. gemahngelt worden. Zu einer von ca. 700 Arbeitern besuchten Versammlung der Henschel'schen Arbeiter am 24. Januar wurde nach einem Referate von Legitz-Fürth beschlossen, mit Rücksicht auf den Hamburger Hosenarbeiterstreik und in Anbetracht, daß der Gemahngelte freiwillig auf seine Wiederanstellung verzichtete, weil er Aussicht hat, in nächster Zeit anderweitig Arbeit zu erhalten, von einer Arbeitseinstellung abzugehen und sich sammt und sonders der Organisation anzuschließen.

Dresden-Kenstadt. Die Metallarbeiter hielten am 11. Januar ihren regelmäßigen Diskussionsabend ab. Auf der Tagesordnung stand: Die Breder'schen Vorschläge und wie stellen sich die Kenstädter Metallarbeiter dazu? Der Referent Ehrhardt ging, nachdem er das Unterstützungsweisen in den einzelnen Gewerkschaften einer kritischen Betrachtung unterzogen hatte, näher auf die in Nummer 48 der „Metallarbeiter-Zeitung“ gemachten Vorschläge ein. Er kam in seinen Ausführungen zu dem Schluß: Die Arbeitslosenunterstützung, verbunden mit Beitragsverhöhung auf 40 1/2, ist innerhalb unseres Verbandes undurchführbar. Wollen wir den Verband stärken und kräftigen, so können wir das nie erreichen durch Heranziehung bloßer Klassenmenschen, sondern nur durch Stärkung des Klassenbewußtseins der Massen. Alle Debatteredner sprachen im Sinne des Referenten. Dann ging man zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Allgemeine Gewerkschaftsangelegenheiten“ über. Kollege Gottschalk macht den Vorschlag, in nächster Zeit eine Versammlung behufs Stellungnahme zur künftigen Generalversammlung stattfinden und über eventuell gestellte Anträge mittelst Stimmzetteln abstimmen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Kollege Reichard forderte auf, ungeachtet der letzten Vorkommnisse in der alten Agitationsweise fortzufahren.

Essen a. Ruhr. Allgem. Verwaltungsstelle. Jahresbericht. Einnahme: Kassenbestand am 1. Januar 1896 162,19. Einnahme an Beiträgen 701,60, Beitrittsgelder 19,20, Summa 720,80 1/2. Ausgaben: Reiseunterstützung 112,39 1/2, an die Hauptkasse 589,25 (incl. 29,75, welche auf Sammellisten eingenommen waren), Lokalausgaben 173,10. Mitgliederbestand am 1. Januar 1896 70, aufgenommen 64, zugereist 24, abgereist und ausgeschieden 80, bleibt ein Mitgliederbestand am 31. Dezember 1896 von 78. Wahrlich kein rühmendes Zeugniß für die Essener Metallarbeiter, daß von ungefähr 17000 nur 78 dem Verbande angehören.

Gießen. Am 11. Januar führte Kollege Dahmer zum Jahresbericht aus, daß in Bezug auf die Abhaltung und den Besuch der Versammlungen manches zu wünschen übrig geliebt sei. Aber wir seien außerhalb thätig gewesen, indem wir die Verwaltungsstelle Kollar gegründet haben. Ferner

haben wir in der Lampenfabrik von Kaufmann & S. eine Lohnerböhung von 10 Proz. erwirkt. — Unsere Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1896 24 und ist auf 91 gestiegen. Der Jahresbericht ergab: Einnahme: Kassenbestand vom vor. Jahr „ 45,89, Beitrittsgebühren 28,20, Beiträge 367,80, Zuschuß aus der Hauptkasse 50, Ca. 491,89. Ausgaben: Reisegebühren 157,96, Hauptkasse 125, außerordentliche Agitation 20, örtliche Zwecke 73,94, Ca. 376,90. Kassenbestand „ 114,99. — In die Verwaltung wurden gewählt: Gustav Krüger, Dreher, Gieselerstr. 21, als Bevollm.; Gg. Dahnauer, Spengler, Schillerstr. 34, als Kassierer; Wilh. Pleisch, Otto Mühl, Wilh. Klöß als Revisoren.

Hamburg-Horn. Versammlung vom 16. Januar. Genosse Kimmel referierte über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Bogow als Bevollm., Wöschel als Kassierer, Tiede- mann, Jacobi, Köhner als Revisoren. — Eine ganze Anzahl Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Bei „Beitrittsgebühren“ wurde beschlossen, daß die Mitglieder sich die Zeitung vorläufig vom Verkehrslokal, wozu das Lokal von Mühs bestimmt wurde, abholen können.

Hamburg-St. Georg. Versammlung am 12. Januar. Nach der Wahl eines Bevollmächtigten und Kartelldelegierten wurden noch einige Fragen betreffs des Arbeitsnachweises und des Lokales geregelt. Als Versammlungslokal wurde das von Herrn Himmelf, Nagelsweg, beibehalten. Als Versammlungsabend wurde der erste Dienstag im Monat festgesetzt und bekannt gemacht, daß die Versammlung präzise um 9 Uhr beginnt.

Hamburg. Die Sektion der Werftarbeiter hielt am 11. Januar in der „Konfordia“ eine Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung für das Kartell vom Oktober bis Dezember ergab an Einnahme 1954,81 M., an Ausgabe 1882,99 M., Kassenbestand 71,82 M. Hierauf wurde beschlossen, zu der Summe von ca. 70 M., welche noch vom alten Werftarbeiterverband vorhanden ist, aus der Lokalkasse so viel zuzulegen, daß es 100 M. sind und diese den streikenden Hafnarbeitern zukommen zu lassen. Der Antrag, dem Kassierer 30 M. Entschädigung zu geben, wurde angenommen. Zu „inneren Verbandsangelegenheiten“ wurden die Namen Derjenigen verlesen, deren Adressen nicht richtig angegeben waren und selbige aufgefordert, letzteres beim Vorstand oder dem Bezirkskassierer zu thun. Wenn ein Mitglied verreisen will, so hat es sich bei der Verwaltungsstelle abzumelden. Hierauf wurde beschlossen, ein Sommervergnügen mit Dampftour für unsere Sektion abzuhalten, wozu Klust, Gammann und Weber in's Festkomitee gewählt wurden. Ferner wurde der Antrag angenommen, dem Bezirkskassierer Marten für Versammlungs- 3 M. zu bewilligen. — Darauf folgte ein Vortrag über „Das Verhalten der Eisenindustriellen zu dem Hafnarbeiterstreik und welche Lehren ziehen die Metallarbeiter daraus?“ Zum Schluß erklärte Müller, daß Herr Blohm seine Drohung wahr gemacht habe und er (Müller) schon eine amtliche Vernehmung bestanden hätte.

Hamburg. Seit meinem ersten Bericht, welcher in Nr. 51 vom 19. Dezember v. J. erschienen ist, haben sich die hiesigen organisierten Kollegen die Sache etwas mehr angelegen sein lassen. Aber unter den anderen Kollegen herrscht noch eine kolossale Faulheit, möchte fast sagen Feigheit, denn sie vertrauen sich ihren Arbeitgebern nicht zu uns zu kommen. Und es herrschen doch hier sehr traurige Zustände, denn es gibt nicht nur Löhne von 18 pro Stunde, wie es in meinem vorigen Bericht heißt, sondern es werden 12 und 13 M. pro Stunde bezahlt (als Beweis liegt ein Lohnzettel von der Firma Ernst Pensef bei. Red.), so daß ein Arbeiter (Schlosser) von 19 Jahren in der Weihnachtswoche nach Abzug von 10 M. für Alters- und Invalidenversicherung in 42 Stunden 4,95 erhalten hat. Die Verhältnisse sind hier so, daß man pro Woche für Kost und Logis inkl. Wäsche 7 M. bezahlen muß. Der Arbeiter hätte also noch 2,05 zahlen müssen. Aber woher nehmen? Auch gibt es hier Meister, welche 5—7 Lehrlinge beschäftigen und keinen einzigen Gehellen; es wäre an der Zeit, daß diesem Unfug einmal Einhalt gethan würde. — Ferner muß ich noch betonen, daß unser bisheriger Wirth, Herr Döllrich zum „Weißen Hof“, uns Knall und Fall auf die Straße setzte, indem er uns das Lokal verboten hat; er empfiehlt nun sein Lokal dem „verehrlichen Publikum“. Es war für uns sehr schwer, hier wieder ein Lokal zu erhalten, es ist uns aber nach vieler Mühe doch gelungen und zwar bei Herrn Pensef in Grünweh. Wir erjuchen nun sämtliche Kollegen der Organisation beizutreten, denn nur in geschlossener Reihe ist eine bessere Lage zu erzielen und ein Sieg zu erringen.

Leipzig. Der Streik in der Pianoforte-Mechanikfabrik von Stenning in Leipzig ist beigelegt. Nachdem sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt hatten, sah sich Herr Stenning gezwungen, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. — Auch die Differenzen in der Maschinenfabrik von Grob u. Co. zu S.-Curtsch sind ausgeglichen worden. Die Maßregelung ist zurückgenommen und die übrigen Mißstände sind zu Gunsten der Arbeiter geregelt worden.

Wien. Der Jahresbericht unserer Verwaltungsstelle zeigte ein Bild reger Thätigkeit im verfloffenen Jahre. Trotz der Landtags- und Reichstagswahl, welche uns sehr heinträchtigte, wurden insgesamt 28 Versammlungen, von denen 17 öffentlich waren, und ebenso viele wissenschaftliche und lehrreiche Vorträge gehalten. Aus dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Einnahme: Kassenbestand am 1. Januar 1896 „ 35,11, Beitrittsgebühren 37,80, Beiträge 1022,80, Summa 1095,71. Ausgaben: Reisegebühren 442,84, Lokalausgaben 255,76, außerordentliche Agitation 14,50, an die Hauptkasse 250, Unterstützung nach § 2e 40, Summa 1003,10, bleibt Kassenbestand am 1. Januar 1897 „ 92,61. Die Mitgliederzahl war am Schluß des Jahres 1896 139. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Bibliothek, in der 145 Bände und mehrere Broschüren vorhanden sind, wurde zientlich stark in Anspruch genommen. In die Ortsverwaltung wurde Hausmann als Bevollm., Duchard als Kassierer, Wertig, Wolfarth und Müll als Revisoren, Haschlag und Wolus als Bibliothekare und Geiß und Wolgast als Kartelldelegierte gewählt.

Quedlinburg. In der Versammlung am 10. Januar erstattete der Bevollmächtigte den Situationsbericht über das verfloffene Jahr. Mitgliederzahl am 1. Januar 1896: 93, eingetretene 94, zugereicht 35, Summa 224. Abgereicht sind 7, ausgegeschlossen wegen Reptrens wurden 26. freiwillig aus-

geschieden sind 28, zusammen 120, jeßiger Bestand 104, die sich auf folgende Berufe vertheilen: 22 Dreher, 22 Formner, 18 Klempner, 1 Feilenhauer, 2 Metallbrücker, 2 Metallgießer, 2 Nadler, 14 Schlosser, 3 Schmiede, 18 Diverse. — Einnahme: Kassenbestand am 1. Januar 1896 „ 154,54, Beitrittsgebühren 28,20, 1 Ertragsbuch 0,20, Ueberschuß von einem Vergnügen 2,00, Beiträge 881,80, Summa 1066,74. Ausgabe: An die Hauptkasse 826,03, Reiseunterstützung 32,22, außerordentliche Agitation 42,10, örtliche Ausgaben 193,97, für eine Revolutionsreise 12,00, Summa 1046,32. Kassenbestand 20,42. Von den örtlichen Ausgaben entfallen: 41,40 auf Borenlohn für Zeitungsträger und Beitrags sammeln, 42,57 auf Inserate, Porto usw. Die Entwicklung unserer Filiale im letzten Jahre ist eine zufriedenstellende. In der Unterstützung für die Hafnarbeiter hat sich ein Theil unserer Mitglieder ganz besonders gut gezeigt. In die Ortsverwaltung wurden H. Trautwein als Bevollmächtigter, K. Piesberg als Kassierer, K. Mehrstedt, K. Schöpfe und G. Sturm als Revisoren gewählt.

Rostock. In der letzten Mitgliederversammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Ernst Scholz als Bevollmächtigter, Gust. Thiel als Kassierer, Aug. Siemund, Wilh. Schulz, Heinz Bartky als Revisoren. Da leider bloß der vierte Theil unserer Mitglieder die Versammlung besuchte, so sehen wir uns veranlaßt, den Jahresbericht statt in der Versammlung in der Zeitung zu veröffentlichen. Ein Kassenbestand vom vorigen Jahre war nicht vorhanden, für Beiträge ging ein 633,20 M., für Beitrittsgebühren 18, von dem aufgelösten Agitationskomitee 29,33, von Sallinger zurückgezahlt betr. Straßhunder Revision 10, Summa 690,53 M. Ausgabe: An die Lokalkasse 158,30 M., an die Hauptkasse 400, Reiseunterstützung an 53 Fremde 3251 Skilom. à 2 M. = 65,02 und 3 Tage à 1 M. = 3 M., in Summa 68,02 M., vom Hauptvorstand bewilligt für S. 30 M., Summa 656,32. Bestand 34,21 M. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt 182,38 M., die Ausgabe 157,51, Bestand 26,87 M. Die 53 Fremden vertheilen sich auf folgende Branchen: 24 Schlosser, 11 Klempner, 7 Schmiede, 4 Feilenhauer, 3 Dreher, 2 Formner, 1 Bifelleur und 1 Nagelschmied. Am Jahres- schluß 1895 hatten wir einen Mitgliederbestand von 60, eingetreten sind 60, zugereicht 48, ausländische 2, insgesammt 165. Hier von sind abgegangen 78, und zwar mußten 20 gestrichen werden, 4 gingen freiwillig, mithin verbleibt ein Mitgliederbestand von 87. Diese 87 Mitglieder vertheilen sich auf folgende Berufe: 33 Schlosser, 30 Formner, 10 Dreher, 5 Gelbgießer, 5 Schmiede, 2 Klempner, 1 Schleifer und 1 Keßelschmied. — Agitive Jeder so viel er kann und bringe zur nächsten Versammlung einen Kollegen mit, damit wir beim Jahres- schluß einen Bestand von 870 Mitgliedern aufweisen können.

Schweinfurt. In Anbetracht der hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wäre es doch an der Zeit, daß die Metallarbeiter, die Schlosser und Dreher, namentlich die Arbeiter in den Kugelfabriken, einmal aus ihrem Schlafe erwachten. Denn es herrschen jetzt in diesen Fabriken Löhne, bei denen in Folge der hohen Mieths- und Lebensmittelpreise die Arbeiter nicht bestehen können. Wurde doch 1896 in den großen öffentlichen Metallarbeiterversammlungen seitens der Herren Kugelfabrikanten das Versprechen gegeben, die Löhne zu verbessern. Heute müssen wir konstatieren, daß sich die Löhne seit dieser Zeit in den genannten Fabriken noch bedeutend verschlechtert haben. Es werden gegenwärtig Leute eingestellt mit dem hohen Lohn von 19 und 20 M. pro Stunde und noch darunter. Sogar die gelerntsten Arbeiter, die Schlosser und Dreher, werden mit 22 und 23 M. die Stunde entlohnt. Andererseits kommen die Leute auch, gezwungen durch die gegenwärtige Jahreszeit, und bieten sich für 15 M. an; natürlich werden diese dann großmüthig von den edlen, von „christlicher Barmherzigkeit“ strahlenden Herren Kugelfabrikanten eingestellt. Sind diese dann die hohen Löhne, welche die Herren Fabrikanten fast täglich in den Tages- zeitungen in Inseraten versprechen? Da werden fortwährend tüchtige Schlosser und Dreher bei hohem Lohn gesucht. — Darum auf, Metallarbeiter Schweinfurts, organisiert Euch, tretet der Ausbeutung entgegen und zeigt, daß Ihr nicht länger gewillt seid, unter dem schweren Joch des Kapitalismus zu seufzen.

Schweinfurt. Am 17. Januar beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung des M.-B. mit dem bei der Firma R. Wehn & Co. ausgebrochenen Formnerstreik. Die Anwesenden erklärten sich einstimmig mit den Ausstehenden solidarisch. Dann wurde über die Einführung von Kontrollmarken auf der Westfälischen Holzschraubenfabrik Gerder & Co. berathen. Nach längerer Diskussion wurde von den zahlreich anwesenden Arbeitern und Arbeiterinnen genannter Fabrik einstimmig beschlossen, die Kontrollmarken nicht anzunehmen, wenn die Firma nicht die geforderte kürzere Arbeitszeit bei gleichem Lohn einführt. Durch Zwischentritt wurde dieser Beschluß den Leitern der Fabrik hinterbracht und — mit einem Male konnte die Firma die kürzere Arbeitszeit bewilligen. Als die Arbeiter vorige Woche mit der Firma verhandelt wurden, wurden noch sehr viele leere Ansreden gebraucht. U. A. mußte erst nach der Regierung berichtet werden, wenn die Arbeitszeit verändert würde, was aber seitens der Arbeiter widerlegt wurde. Dann wurde gesagt, um den jugendlichen Arbeitern während der Frühjahrs- und Sommerpause ein Unterkommen zu schaffen, müßte erst ein Zweijahres- gebäude gebaut werden. Als wenn in einer so großen Fabrik nicht so viel Platz ist, um 50—60 jugendliche Arbeiter unterzubringen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen können hieraus lernen, was eine gute Organisation, bei etwas gutem Willen der Fabrikanten, auch ohne Streik vermag. Darum schließt Euch alle Mann für Mann der Organisation an. Auf wirtschaftlichem Gebiet müssen wir unbedingt zusammen- marschieren, mögen uns unsere Verbände oder sonstigen Anführer auch trennen.

Stuttgart. In der am 9. Januar abgehaltenen Versammlung der allgemeinen Verwaltungsstelle erstattete der Bevollmächtigte H. Frey den Jahresbericht. Mitgliederversammlungen fanden 21, öffentliche Metallarbeiterversammlungen 5, Geschäfts- resp. Bezirksversammlungen 19 statt. Der 1. Mai wurde als Ruhetag von ca. 800 Metallarbeitern gefeiert. Um den Mitgliedern Gelegenheit zur Ausübung in gewerblicher Beziehung zu geben, wurde von unserer Seilschleife die Metallarbeiter-Sachschule im neuen Land- werksbau errichtet. Die Lehrmittel, das Lokal, Heizung und Beleuchtung wird von der K. Centralstelle für Gewerbe und Handel unentgeltlich gestellt. — Die allgemeine Zahl-

stelle hat um 100 Mitglieder zugenommen; neugegründet wurde die Zahlstelle Dstheim mit 70, die Formnersektion mit etwa 100 Mitgliedern, übergetreten ist der Lokalverein der Schmiede mit 80 Mitgliedern. Letztere standen im Sommer in einer Lohnbewegung. Erreicht wurde Abschaffung von Kost und Logis, Mindestlohn von 16,50 M., 10stündige Arbeitszeit und da, wo vorher 11stündige Arbeitszeit vorhanden war, 10 Prozent Lohnerböhung. Die Sektion der Siebmacher ging wieder in die Brüche, da es an einer ordentlichen Leitung mangelte. Der Berichterstatter fordert die Kollegen zu reger Agitation auf, da im kommenden Frühjahr die 9 1/2stündige Arbeitszeit verlangt werden müsse und auch leicht durchzusetzen sei, wenn die Masse sich der Organisation auf die Dauer anschließt. — Kassenbericht: Einnahmen 3349,52 M., Ausgaben: An die Verbandskasse 2504 M., Reiseunterstützung 366,61. — Gewählt wurde als Bevollmächtigter Klump, als Kassierer Goll, als Revisoren Fritz, Diez, Härter, Haller und Granger. — Unter Verschiedenem wird auf die Lohnreduktionen bei der Firma Gebr. Ull auf- merksam gemacht und dabei konstatiert, daß gerade die dortigen Kollegen bis jetzt nie zur Organisation zu bewegen waren, trotz eifriger Bemühung. Daher wurde ihnen in der Diskussion kein Mitleid entgegengebracht. Die Firma Stern (Schnittart, Marienstraße), wurde ebenfalls als eine nicht empfehlenswerthe Werkstatt geschildert, hauptsächlich wegen der Behandlung, schlechter Arbeitsräume und nicht vorhandenem Werkzeug. Von einem Kollegen wurde auch der Firma A. Stolz gebadet, wo die Bezahlung eine sehr geringe, die Behandlung fast ohne Ausnahme eine schlechte ist. In Bezug auf die Strafen u. wird sehr willkürlich verfahren. Zwei Arbeiter dieser Firma wollten sich selbständig machen, nachdem aber der Fabrikant davon Wind bekam (von einer Werkzeugfabrik, bei welcher die Arbeiter Maschinen bestellt), drohte zunächst der kleine Wächter, der Werkzeugfabrikant mit Boykottierung seinerseits, blühte aber ab. Die beiden Arbeiter aber wurden auf's kompromittiert gerufen, ihnen 14 Tage vorausbezahlt und sofort entlassen. Eine Dritter, welcher mit einem der Beiden verwandt war, wurde ebenfalls gelündigt. Dies Alles, nachdem die Arbeiter ca. 10 Jahre und darüber in der Fabrik thätig waren. — Zum Schluß wird beschlossen, den etwaigen Ueberschuß von der Winterunterhaltung den streikenden Hafnarbeitern zu überweisen.

Wilhelmsburg. Eine Mitgliederversammlung des Metallarbeiter-Verbandes tagte am 9. Januar mit folgender Tagesordnung: 1. Welche Lehren ziehen wir aus dem Hafnarbeiterstreik Hamburgs. 2. Abrechnung. 3. Wahl des Kassierers. 4. Innere Vereinsangelegenheiten. Der erste Punkt der Tagesordnung mußte wegen Ausbleibens des Referenten vertagt werden, worauf der Kassierer die Abrechnung verlas. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Jahresrechnung vom Mai ab ergab eine Einnahme von 454,10 M., die Ausgabe 103,45 M., dem Hauptvorstand sind 345,95 M. überwiesen, somit bleibt ein Kassenbestand für die örtliche Verwaltung von 4,70 M. Nachdem noch der Kassierer die abgerechneten sowie die zahlreichen neugeintretenen Mitglieder verlesen, wurde Kollege Fische als Kassierer wiedergewählt und die Revisoren aus folgenden Kollegen ergänzt: Lange, Schmidt und Staar. Da inzwischen der Referent erschienen war, erhielt Genosse Sittenfeld aus Hamburg zum 1. Punkt der Tagesordnung das Wort. Neben wies zunächst auf die schwache Organisation der Schauerleute, welche vor dem Streik bestanden, hin, und war der Ansicht, wenn die Hafnarbeiter vor Beginn des Streiks so gut organisiert gewesen wären wie jetzt, so würde das prozenthafte Unternehmertum sich schon bedankt haben, den Hafnarbeitern gegenüber die Wachtfrage zu proklamieren. Dies sei nun aber geschehen und die Hafnarbeiter Hamburgs ständen, gestützt auf die Sympathie des In- und Auslandes, geschloffen da, um ihren Bedrückern entgegenzutreten. Zum Punkt: Innere Vereinsangelegenheiten wurde zunächst der Kollege Adolf als Bezirkskassierer gewählt.

Feilenhauer. In der Feilenhauer-Versammlung am 10. Jan. erhob sich die Versammlung zum Andenken an den verstorbenen Kollegen H. Wegel. Dann kamen Mißstände aus einigen Werkstätten zur Sprache, denselben ist aber schwer beizukommen, da die dort arbeitenden Kollegen sich um den Verband sehr wenig kümmern. Um dieselben zu gewinnen findet am 27. Februar bei Scheps, Gerichtsstraße 10, ein Familienabend statt. — Briefe in allen öffentlichen Angelegenheiten sind zu richten an unseren Vertrauensmann Emil Henckh, Weissenhof bei Berlin, Friedrichstraße 3; alle Briefe über Arbeitsangelegenheiten an unsern Arbeitsnachweis: Fritz Seeger, Gartenstr. 13. Es wird wiederholt bekannt gemacht, daß das Anschauen streng verboten ist.

Brandenburg a. H. Feilenhauer. Das Anschauen für Brandenburg ist streng verboten. Arbeitsnachweis befindet sich bei Karl Korn, Altstadt, Markt 14, von 12 bis 1 Uhr und 7—8 Uhr. Verbandskollegen erhalten 50 M. Extragebühren.

Bremen. Vor Zugang nach der Werkstatt des Feilenhauermeisters Miedel, Süderstr., wird gewarnt.

Düsseldorf. In letzter Versammlung wurden in die Verwaltung gewählt: Alois Janisch als Bevollm., Hermann Engelbert als Kassierer, Th. Verth, Joh. Möders und G. Meier als Revisoren. Alle Verbindungen an Alois Janisch. Arbeitsnachweis und Geschenkauszahlung durch den Kassierer Herberich, 157. Die zurückbleibenden Kollegen werden erjucht, sich direkt nach dem Arbeitsnachweis zu richten. — Wir machen noch bekannt, daß uns die Bibliothek der „Allgemeinen“ zur Verfügung steht und können jeden Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr, bei Schwarz, Schützenstr., Bücher in Benutzung genommen werden. Das Vorzeigen der Mitgliedsnummer ist erforderlich.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(V. S. 2), Hamburg).

Braunschweig. Der Ausschuß hat in seiner Sitzung vom 15. Januar 1897 beschlossen, die Erklärung zu erlassen, daß die Behauptung in der Berliner Mitgliederversammlung (siehe Nr. 52/96 der „Metallarbeiter-Zeitung“), M. Jährens-

wald sei im Besitz eines Briefes vom Ausschusse, eine grobe Unwahrheit ist.

Chr. Ostermann, Emil Gelemann, Vorsitzender, Schriftführer.

Berlin. Zu dem Bericht der Berliner Mitglieder-Versammlung in Nr. 52 dieses Blattes vom 26. Dezember 1896 (in der beiläufig bemerkt 200—250 Personen anwesend waren) habe ich Folgendes zu erwidern: Es ist eine grobe Unwahrheit und liegt jedenfalls in der starken Einbildungskraft des oder der Berichterstatter, daß ich in jener Versammlung einen Brief des Vorsitzenden und des Ausschusses verlesen habe.

Max Fahrenwald.

Aufforderung.

Wir fordern die Kollegen auf, überall dort, wo ihnen das Wahlrecht von Seiten des Vorstandes geschmälert ist, ebenso wie wir, Protest gegen diese willkürliche Wahlereinstellung einzulegen, den Vorstand aufzufordern, sich an die Statuten zu halten und Licht und Schatten gleichmäßig zu vertheilen.

Sämmtliche Filialen der 19. Wahlabtheilung:

- Allg., Frankfurt: F. Dejung, Bevollm.
Allg., Wödenheim: Joh. Beckmann, Bevollm.
Spengler, Frankfurt: Otto Schweigguth, Bevollm.
Mechaniker, Wödenheim: F. Bornemann, Bevollm.

Berichtigung.

Zu Nr. 4 der „Metallarbeiter-Zeitung“ ist die Adresse des Vorsitzenden vom Zentralwahlkomitee der 15. Abtheilung unrichtig angegeben worden. Die Adresse ist: Wilh. Slezmann, Güterbahnhofstr. 3.

Ortsverwaltung Durlach.

Vermischtes.

3000 Schuharbeiter auf's Pflaster geworfen! In Weissenfels verlangten die Arbeiter der Blasig'schen Schuhfabrik eine geringe Aufbesserung des Lohnes und streikten, als sie nicht gewährt wurde.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hat durch Abstimmung beschlossen, vom 1. Januar d. J. ab den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder von 15 auf 20 zu erhöhen.

Briefkasten.

Sitterfeld. Ungeeignet zur Aufnahme. Um das Geschick eines nicht einmal dem Verbands Angehörigen kümmert man sich nicht.

Sch. u. G., Ruhrort. Wer soll bei ebenneller Lage die behaupteten Thatsachen vor Gericht bezeugen? Wir können solche Dinge, ohne weitere Zeugen zu haben, nicht aufnehmen.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Altenburg. Sonnabend, 30. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Gold. Löwe“.
Altenburg. Am 1. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Meyer, Hofplatzstr. 1.
Alt- und Neugersdorf. Sonntag, 31. Jan., Nachm. 3 Uhr in der „Felsenmühle“.
Apolda. Sonnabend, 30. Jan., im „Bismarck“.
Jagzburg. Samstag, 30. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Blauen Boot“.

Barmen. Am 30. Jan., bei Herrn Kühn, Fächertalerstraße 19.

Giesfeld. Sonntag, 31. Jan., Vorm. 10 Uhr, bei R. Kahl am Kesselbrink.

Brandenburg a. H. Montag, 1. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Winkel, Hauptstr. 34.

Bremen. Sonnabend, 6. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hankenstr. 21/22.

Breslau. Sonnabend, 30. Januar, Abds. 8 Uhr, in Köppler's Brauerei Friedrich-Wilhelmstr.

Cannstatt. (Allg.) Samstag, 30. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Ruffischen Hof“.

Darussadt. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden am 1. und 3. Samstag jeden Monats im Gasthaus „Kaiser Friedrich“.

Frankenthal. Samstag, 30. Jan., Abds. 8 Uhr, bei Griebinger. Jahresbericht. Die geplante Arbeitslosenunterstützung.

Furtwangen. Samstag, 30. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Gasthaus zum Bad“.

Fürth. (Alle Sektionen.) Samstag, 6. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Schönbach, Marlinstr. 41.

Göppingen. Samstag Abends präzis 8 Uhr. Anträge zur Generalversammlung.

Hainholz. Dienstag, 2. Febr. Vortrag des Kollegen Behle. Die Restanten werden erucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Halle a. S. (Sämmtliche Sektionen.) Sonnabend, 30. Jan., Abds. 8 Uhr, bei Faulmann, Gartenstr. 7.

Hamburg. (Sektion der Selbigeier u.) Mittwoch, 8. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Kaffamcherreihe 6-7.

Hamburg-St. Georg und Jungfernd. Dienstag, 2. Febr., Abds. 9 Uhr, bei Hommei, Ecke Nagelsweg und Albertstr.

Hannau. Montag, 31. Jan., im „Kardinal“.

Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 8. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im kleinen Saale des „Ballhof“.

Hannover. (Sektion der Mechaniker.) Dienstag, den 2. Febr., bei Kutsche. Elektro-technischer Vortrag.

Jena. Sonnabend, 30. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Gold. Engel“.

Kaiserslautern. (Sämmtliche Sektionen.) Montag, 1. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Gesellschaftshaus“.

Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 6. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Kainbach.

Karlsruhe. (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, 30. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Gold. Kreuz“.

Karlsruhe-Mühlburg. Samstag, 30. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Gasthaus zum Ritter“.

Koblenz. Sonnabend, 6. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei S. Wst. Schloßstr. 12.

Köln. Sonnabend, 30. Jan., im „Preussischen Hof“.

Künbad. Montag, 1. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Johannesbad“.

Magdeburg. (Sektion der Metallw.) Sonntag, 7. Febr., Nachm. 3 Uhr.

Mühlhausen i. Ch. Am 7. Febr., Nachm. 2 Uhr, bei Rietzmüller, Ecke der Frankstr.

München. (Sektion der Siebmacher.) Sonntag, den 31. Jan., Vorm. 10 Uhr, im „Gärtelgarten“.

Nürnberg. (Allg.) Samstag, 6. Febr., Abds. halb 9 Uhr, bei Herzog, Reichenstr.

Nürnberg. (Sektion der Sämmede u. verw. Berufe.) Samstag, 6. Febr., Abds. halb 9 Uhr, im „Jannertal“.

Quedlinburg. Sonntag, 31. Jan., Abds. 8 Uhr, im „Vorwärts“.

Schlinging-Doos. Sonntag, 31. Jan. Vorm. 10 Uhr, bei Jgkham.

Sittigart. (Sektion der Flächner.) Samstag, den 30. Jan., im „Hirtin“.

Wien. Sonnabend, 30. Jan., Abds. halb 9 Uhr, im „Stadt Wien“.

Wien. Die Versammlung am 30. Jan. fällt aus, dafür Sonntag, 31. Jan., Nachm. 3 Uhr, im „Krone's Restaurant“.

Wien. Die heftige Bewegung erlaubt dringend um die Abreise folgender Mitglieder: des Reichshändlers Ludwig Heberl, des Schlossers Bruno Babig und des Formers Karl Freder.

Berlin. Paul Moischkowsky, Schlosser aus Mainz, eingereitet in Chemnitz oder Linbach, wird erucht, seine Abreise an die Ortsverwaltung Berlin gelangen zu lassen.

Darussadt. Die Auszahlung des Reifegeldes erfolgt im „Kaiser Friedrich“, Schloßgasse 12, Abends von 8 bis 9 Uhr.

Halle a. S. Laut Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung werden die Beiträge durch den „Expres“ obligatorisch eingezogen.

Hamburg-St. Georg. Der Kassirer ist jeden Sonnabend von 8-9 Uhr im Lokale Hommel, Ecke Nagelsweg und Albertstr., zur Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme von Beiträgen anwesend.

Landsberg a. W. Das Reifegeld wird jetzt an Wochentagen Abends von halb 8 bis halb 9 Uhr und Sonntags Vormittags von 11 bis 1 Uhr ausgezahlt bei Theodor Hohres, Kassirer, Schönbachsberg 7.

Leipzig. (Klempner.) Bevollm.: Hermann Schröder, Schönfeld, Dimpfelstraße 53, III. — Agitationskomitee der Klempner: Seeburgstr. 28 („Graphia“).

Leipzig. Sonnabend, 6. Febr., gemüthliche Zusammenkunft der Mitglieder im „Preussischen Hof“.

Limbad. Unser diesjähriges Wintervergnügen findet Sonntag, den 31. Januar, Abends halb 6 Uhr, im Hotel „Johannesbad“ statt.

Mercranz. Sonntag, 31. Jan., Nachm. 4 Uhr, Vergnügen im Gasthause zur „Morgensonne“. — Vom 1. Febr. an werden die Wochenbeiträge durch den Zeitungsfuhrer eincolliert und zwar Sonntags Vormittags.

Spremberg. Der Schlosser August Proß, geb. zu Garz am 12. Mai 1859, B. Nr. 44 704, wird erucht, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Öffentliche Versammlungen.

Dresden-A. Sonntag, 7. Febr. Vorm. punkt 11 Uhr, große öffentliche Klempner-Versammlung im „Trianon“.

Freiburg i. B. Mittwoch, 2. Febr., Abds. halb 9 Uhr, in Sinner's Gartenhalle, Bertholdstr., öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Freiburg. Samstag, 30. Jan., Abds. 8 Uhr, in der „Rose“ öffentliche Versammlung.

Mühlhausen i. Ch. Dienstag, 2. Febr., Abds. 8 Uhr, in der „Dreikönigshalle“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Mühlhausen i. Ch. Sonntag, 31. Januar, Nachmittags 3 Uhr öffentl. Metallarbeiter-Versammlung im „Thüringer Hof“.

Schweinfurt. Sonntag, 31. Jan., Vorm. halb 10 Uhr, öffentliche Gewerkschafts-Versammlung im Gasthof zum „Gold. Löwen“.

Privat-Anzeigen.

Nachruf.

Am Mittwoch, den 13. Januar, starb im städtischen Krankenhaus unser ehemaliges Mitglied, der Dreher Albert Gbert.

Tüchtiger Feilenhauer

sofort gesucht von 25] Friß Lämmerhirt, Mainz. 2 tüchtige Feilenhauer erhalten dauernde Arbeit bei hohem Lohn. 19] Otto Bauer, Feilenhauerei, Döbeln i. S.

Gesucht 1 tüchtiger Feilenhauer auf große und Mittelfeilen oder Schlacht- und kleine Borfeilen. 30] Julius Gudholz, Feilenhauerei u. Dampfeschleiferei, Kiel, Fehlfträge 18.

Tüchtige Eiseldreher und Graveure,

möglichst solche, welche auch in Eisen gearbeitet haben, finden dauernde und lohnende Stellung. 27] Aug. Bieck, Deuben-Dresden.

Tüchtige Feilenhauer

suchen 25] Klempt & Bonnet, Duisburg. 2 tüchtige, solide Feilenhauer finden dauernde Arbeit bei 16] J. Appl, Würzburg.

Schleifsteine,

beste Sorte, für Feilenhauer, Maschinenwerkstätten und Schmiede u. liefert J. Funk, Feilenhauerei und Schleifsteingehäft in Hamburg. 13]